

UTE MAGER

Einrichtungsgarantien

Jus Publicum

99

Mohr Siebeck

JUS PUBLICUM

Beiträge zum Öffentlichen Recht

Band 99



Ute Mager

Einrichtungsgarantien

Entstehung, Wurzeln, Wandlungen und
grundgesetzgemäße Neubestimmung
einer dogmatischen Figur des Verfassungsrechts

Mohr Siebeck

Ute Mager, geboren 1962; 1994 Promotion; 2002 Habilitation; zur Zeit Privatdozentin an der FU Berlin.

Als Habilitationsschrift auf Empfehlung der Freien Universität Berlin gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

978-3-16-158016-1 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

ISBN 3-16-148001-5

ISSN 0941-0593 (Jus Publicum)

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2003 J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Computersatz Staiger in Rottenburg/N. aus der Garamond Antiqua gesetzt, von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit ist im Wintersemester 2001/2002 vom Fachbereich Rechtswissenschaft der Freien Universität Berlin als Habilitationsschrift angenommen worden. Ihre Fertigstellung fällt zusammen mit dem Abschluss meiner Tätigkeit zunächst als wissenschaftliche Mitarbeiterin, dann als wissenschaftliche Assistentin am Lehrstuhl von Herrn Professor Dr. Philip Kunig, dem Erstgutachter dieser Arbeit. Ihm gilt mein herzlicher Dank für die Betreuung der Untersuchung, für die idealen Arbeitsbedingungen, unter denen sie entstehen konnte sowie für die nachhaltige Förderung meiner wissenschaftlichen Entwicklung sowohl durch die Übertragung herausfordernder Aufgaben wie auch durch die Gewährung von Freiheit zu eigenverantwortlicher Arbeit. Seine Auffassung und Ausübung von Wissenschaft als Beruf waren und sind mir Vorbild. Herrn Professor Dr. Albrecht Randelzhofer danke ich sehr für die Anfertigung des Zweitgutachtens. Danken möchte ich auch Herrn Professor Dr. Christian Pestalozza für die sehr genaue Lektüre meiner Arbeit und seine Hinweise für die Veröffentlichung. Dank für kritische Lektüre der Arbeit gebührt des weiteren meinem Kollegen Dr. Matthias Mahlmann und meinem Mann Knut Mager.

Ein anregendes, anspornendes, tragendes Arbeitsumfeld, wie ich es am Fachbereich Rechtswissenschaft der Freien Universität erlebt habe, ist vielen zu verdanken: vor allem Kolleginnen und Kollegen, aber auch interessierten Studentinnen und Studenten. Ihnen allen möchte ich an dieser Stelle danken, insbesondere meinen langjährigen Kollegen Professor Dr. Robert Uerpmann und Ulf Marzik.

Die Arbeit wäre nicht in der vorgegebenen Zeit fertig geworden ohne die Unterstützung meiner Familie. Ganz besonders dankbar bin ich meinen Schwiegereltern, Hannelore und Ulrich Mager, für die vielen Stunden unbesorgter Arbeit, die sie mir ermöglicht haben, indem sie sich mit größter Freude und Hilfsbereitschaft um ihren Enkel gekümmert haben und uns sowohl mit zuverlässiger Regelmäßigkeit wie auch in Notfällen zur Seite standen. Herzlich danken möchte ich auch meinem Mann und meinen Eltern, Horst und Ingrid Schlenger, für ihre Unterstützung.

Ich widme diese Arbeit meinem Mann und unserem Sohn Karl Christoph.

Berlin, im Dezember 2002

Ute Mager

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	V
Einleitung.....	1

1. Teil

Die Lehre von den Einrichtungsgarantien als Gegenstand der Staatsrechtswissenschaft

<i>1. Kapitel: Der entstehungsgeschichtliche Hintergrund: Der Stand der Staatsrechtswissenschaft zu Beginn der Weimarer Republik</i>	<i>6</i>
I. Der Positivismus in der Staatsrechtswissenschaft des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts	6
II. Die Erschütterung des staatsrechtlichen Positivismus durch das Ende des Deutschen Reichs als konstitutionelle Monarchie	9
<i>2. Kapitel: Vorläufer</i>	<i>12</i>
I. Begriffsverwendung zur Kennzeichnung eines Rezeptions- vorgangs: Das Verständnis der grundrechtlichen Gewähr- leistungen von Ehe, Eigentum und Erbrecht bei Giese	12
II. Die Verknüpfung eines Rechtsinstituts als Schutzgut mit einem spezifischen Schutzgehalt am Beispiel des Eigentums	13
III. Institutionenschutz	16
1. Institution als organisatorische Einheit.....	16
2. Institution als gemeinschaftsbezogene Aufgabe	17
IV. Der Beitrag marxistischer Rechtstheorie: Die Analyse der sozialen Funktion der Rechtsinstitute des Privatrechts durch Karl Renner	18
V. Zusammenfassung	20

3. Kapitel: Die Formulierung der Lehre durch Carl Schmitt	21
I. Schmitts verfassungs- und grundrechtstheoretische Prämissen	21
1. Die Maßgeblichkeit des bürgerlich-liberalen Grund- rechtsbegriffs und sein Inhalt	22
2. Kritik	23
II. Die Kategorie der „institutionellen Garantien“ im 2. Hauptteil der Weimarer Reichsverfassung	24
1. Die Kontrastierung von Grundrechten und „institutionellen Garantien“	24
2. Der Schutzgegenstand „institutioneller Garantien“	25
3. Der Schutzgehalt „institutioneller Garantien“	29
III. Die Schwächen der Lehre Schmitts	32
4. Kapitel: Rezeption und weitere Entwicklung der Lehre in der Staatsrechtswissenschaft der Weimarer Republik	34
I. Der „geisteswissenschaftliche“ Ansatz von Gustav Boehmer	35
1. Die Verfassung als Legitimationsgrundlage eines Kultursystems und die darauf bezogene historisch- systematisch-teleologische Auslegungsmethode	35
2. Der Schutzgegenstand von Rechtsinstitutsgarantien	37
3. Der Schutzgehalt von Rechtsinstitutsgarantien	37
4. Die bewahrende Funktion von Rechtsinstitutsgarantien	39
II. Der positivistische Ansatz von Karl Loewenstein	40
1. Die Verfassung als Grundsatz und die formell- verfassungs- strukturelle Auslegungsmethode	41
2. Schutzgegenstand und Schutzgehalt von Rechtsinstituts- garantien und institutionellen Garantien	42
3. Einrichtungsgarantien als „durchbrechungsimune Verfassungsnormen“	44
III. Einrichtungsgarantien im Sinne der Grundrechtstheorie des „demokratischen Volksstaats“ nach Ernst Rudolf Huber	45
1. Hubers Grundrechtstheorie des „demokratischen Volks- staats“ – von subjektiven Freiheitsrechten zu objektiven Ordnungsprinzipien	45
2. Die Systematisierung des Grundrechtsteils der Weimarer Reichsverfassung	48
a) Freiheitsrechte	48
b) Allgemeine Rechtsprinzipien	50

c) Rechtsinstitutsgarantien und institutionelle Garantien	51
aa) Rechtsinstitutsgarantien als Gewährleistung positiv-rechtlicher „Grundformen“	52
bb) Institutionelle Garantien als Gewährleistung von Organisationsformen und Korporationen	53
3. Der Schutzgehalt von Rechtsinstitutsgarantien und institutionellen Garantien	55
4. Einrichtungsgarantien als grundrechtliches Paradigma des „demokratischen Volksstaats“	58
IV. Institutionelle Garantien im nationalen Staat – Die Auffassung von Bodo Dennewitz	59
1. Die Unterordnung der Verfassung unter die Politik	59
2. Der Schutzgegenstand institutioneller Garantien	60
3. Der Schutzgehalt institutioneller Garantien	61
4. Der Verlust der rechtlichen Funktion	62
V. Das Ende der „institutionellen Garantien“ unter der Weimarer Reichsverfassung	62
1. Der letzte Versuch der Dogmatisierung	63
2. Das vorläufige Ende des Verfassungsrechts	65
VI. Zusammenfassung	67
<i>5. Kapitel: Wiederaufleben und weitere Entwicklung der Lehre von den Einrichtungsgarantien in der Staatsrechtswissenschaft der Bundesrepublik Deutschland</i>	<i>69</i>
I. Die Lehre von den Einrichtungsgarantien im „Richtungsstreit“ der Grundrechtstheorie	70
1. Die Lehre von den Einrichtungsgarantien als grundrechts- theoretisches Modell ?	71
a) Von der institutionellen Garantie zur objektiv-wertsetzenden Bedeutung von Grundrechten	71
b) Die institutionelle Grundrechtstheorie nach Peter Häberle	75
c) Grundrechte als „Institute der Verfassung“ – die Auffassung von Walter Hamel	78
d) Ergebnis	80
2. Die liberale Grundrechtstheorie als theoretischer Hintergrund einer rechtsdogmatischen Lehre von den Einrichtungs- garantien	80
II. Einrichtungsgarantien als Ergebnis der Verfassungsauslegung – eine methodische Einsicht ohne Folgen	81

1. Die Übertragung von Schmitts Lehre auf das Grundgesetz	82
2. Begriffsauslegung statt Begriffsbildung	83
III. Die Rückführung des Schutzgegenstands auf Normenkomplexe .	85
1. Die Unterscheidung zwischen organisationsrechtlichen und kompetenzrechtlichen Institutionsgarantien	85
2. Rechtsinstitutsgarantien als Gewährleistung von „Kompetenzen“	89
IV. Eine Lehre ohne Funktion ?	91

2. Teil

Auf der Suche nach den rechtsgeschichtlichen Wurzeln der Lehre von den Einrichtungsgarantien

<i>6. Kapitel: Das „institutionelle Rechtsdenken“ als Suchkriterium</i>	96
<i>7. Kapitel: Das Rechtsinstitut als Erscheinungsform des Volksrechts und als Ordnungsbegriff: Der Einfluss des Rechtsinstitutsbegriffs nach Friedrich Carl von Savigny (1779-1861)</i>	98
I. Das Rechtsinstitut in den Worten von Savignys	98
II. Das Rechtsinstitut als Erscheinungsform des Volksrechts	100
III. Das Rechtsinstitut im System des Rechts: Objektiver Idealismus bei von Savigny	101
IV. Das Rechtsinstitut als „Wunderwaffe der Rechtsfortbildung“? . . .	103
V. Das Rechtsinstitut als „methodische Figur systematisierender Rechtsvernunft“	106
VI. Die „organische Natur“ des Rechtsinstituts	107
VII. Verbindungen zwischen dem Rechtsinstitutsbegriff von Savignys und der Lehre von den Einrichtungsgarantien	107
<i>8. Kapitel: Das Rechtsinstitut als rechtliche Verfasstheit eines weltanschaulich (christlich) bestimmten Lebensverhältnisses: Der Rechtsinstitutsbegriff nach Friedrich Julius Stahl (1802–1861)</i>	110
I. Stahls Rechtsphilosophie	111
1. Das religiöse Fundament	111
2. Folgerungen für die Ethik	113
3. Folgerungen für das Recht	114

a) Das Recht als „objektives Ethos“ und sein ethisches Prinzip	114
b) Das Recht als verwirklichte Ordnung und äußere Lebensgestaltung der Gemeinexistenz	115
c) Die Verbindung von ethischen Anforderungen an das Recht und der Bestimmung des Wesens des Rechts in der Rechts- entstehungslehre der historischen Rechtsschule	115
II. Die Verbindung von christlicher Teleologie und rechtlicher Ordnung im Rechtsinstitutsbegriff	116
1. Das Rechtsinstitut in den Worten Stahls	117
2. Das Verhältnis von Lebenswirklichkeit und Recht, Sein und Sollen im Rechtsinstitutsbegriff Stahls	118
III. Verbindungen zwischen Stahls Rechtsinstitutsbegriff und der Lehre von den Einrichtungsgarantien	121
 9. Kapitel: Die Institutionenlehre Maurice Hauriou (1856–1929)	123
I. Die deutsche Staatsrechtswissenschaft zu Lebzeiten Hauriou . . .	123
II. Die Theorie vom Entstehen und Bestand von Verbänden und Normen: Der doppelte Institutionsbegriff bei Hauriou	126
1. „Die Theorie der Institution und der Gründung“ als Theorie des Entstehens und Bestands von Verbänden	128
2. Rechtsnormen als juristische Institutionen	131
3. Die zugrunde liegende Rechtstheorie	132
III. Die Institutionsbegriffe bei Hauriou im Vergleich mit dem Rechtsinstitutsbegriff bei von Savigny und Stahl	135
IV. Die Bedeutung der Institutionenlehre Hauriou für die Lehre von den Einrichtungsgarantien	138
 10. Kapitel: Das institutionelle Wesensnaturrecht Erich Kaufmanns (1880–1972)	141
I. Der philosophische Standort Erich Kaufmanns	142
II. Institute und Institutionen als „Seinsgesetze der Welt des objektiven Geistes“	143
III. Rechtstheoretische Konsequenzen	147
1. Das Verhältnis von Recht und Staat	148
2. Das Verhältnis von objektivem Recht und subjektivem Recht .	148
3. Das Verhältnis von Gesetzgebung und Rechtsprechung	150

IV. Die geisteswissenschaftliche Methode der Rechtsanwendung: Sinnverstehen statt Begriffslogik	151
V. Die Bedeutung von Kaufmanns „institutionellem Wesens- naturrecht“ für die Lehre von den Einrichtungsgarantien	153
<i>11. Kapitel: Das konkrete Ordnungs- und Gestaltungsdenken – Institutionelles Rechtsdenken in nationalsozialistischer Variante ?</i>	<i>155</i>
I. Das konkrete Ordnungs- und Gestaltungsdenken	157
II. Konkretes Ordnungs- und Gestaltungsdenken im Vergleich mit „institutionellem Rechtsdenken“	161
1. Untersuchung am Maßstab des Verhältnisses von Sein und Sollen	161
2. Untersuchung am Maßstab der Auffassungen zur Rechts- entstehung und Rechtsanwendung	164
a) Die Auffassungen zur Rechtsentstehung	164
b) Die Auffassungen zur Methode der Rechtsanwendung	165
c) Die wesentlichen Unterschiede	166
III. Das Verhältnis des konkreten Ordnungs- und Gestaltungs- denkens zu der Lehre von den Einrichtungsgarantien	166
<i>12. Kapitel: Die rechtsgeschichtlichen Wurzeln der Lehre von den Einrichtungsgarantien. Zusammenfassung</i>	<i>168</i>

3. Teil

Auf den Spuren einer rechtsdogmatischen Figur – Rechtsinstitutsgarantien und institutionelle Garantien im Wandel

<i>1. Abschnitt: Die klassischen Rechtsinstitutsgarantien</i>	<i>175</i>
<i>13. Kapitel: Die Verfassungsgarantie von Eigentum und Erbrecht</i>	<i>175</i>
I. Die Institutsgarantie des Eigentums	176
1. Der Gegenstand der Institutsgarantie: Vom zivilrechtlichen zum verfassungsrechtlichen Eigentumsbegriff	177
a) Ausgangspunkt: Anknüpfung an die Weimarer Auffassung	177
b) Relativierung der Maßstäblichkeit der bürgerlich-rechtlichen Eigentumsordnung durch die „Wertentscheidungen des Grundgesetzes“	179

c) Die Indienstnahme der Institutsgarantie für die individuelle Freiheit	179
d) Die Klarstellungen der Nassauskiesungsentscheidung	181
2. Die Bindungswirkung der Institutsgarantie für den Gesetzgeber	182
a) Das Fehlen eines Wesenskerns	182
b) Die Anwendung des Verhältnismäßigkeitsprinzips	183
3. Der Wandel der Eigentumsgarantie	188
II. Die Rechtsinstitutsgarantie des Erbrechts	188
1. Der Inhalt des Erbrechts als Rechtsinstitut	189
2. Die Bindung des Gesetzgebers durch die Rechtsinstitutsgarantie des Erbrechts	191
3. Der Wandel der Erbrechtsgarantie	192
III. Ergebnisse	193

14. Kapitel: Die Verfassungsgarantien von Ehe, Familie und Elternverantwortung

195

I. Ehe und Elternverantwortung als Rechtsinstitutsgarantien der Weimarer Reichsverfassung	195
1. Gegenstand und Inhalt der Rechtsinstitutsgarantie der Ehe ...	196
2. Gegenstand und Inhalt der Rechtsinstitutsgarantie der Elternverantwortung	197
3. Die Funktion der Garantie von Ehe und Elternverantwortung	198
II. Ehe, Familie und Elternverantwortung unter dem Grundgesetz ..	198
1. Die Verfassungsgarantie der Ehe in Art. 6 I GG	199
a) Die drei Dimensionen des verfassungsrechtlichen Eheschutzes	199
b) Der verbindliche Inhalt der Institutsgarantie	200
c) Das Spannungsverhältnis zwischen Art. 6 I GG als Freiheitsrecht und als Institutsgarantie	201
d) Die Funktion der Institutsgarantie der Ehe nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	206
2. Die Verfassungsgarantie der Familie nach Art. 6 I GG	206
a) Die Dimensionen der Verfassungsgarantie der Familie	207
b) Die Familie als „Leitbild“ und ihre Strukturmerkmale	207
c) Das Verhältnis von Leitbild und einfachem Recht	209
d) Die Struktur der Verfassungsgarantie der Familie gemäß der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	210
3. Die Verfassungsgarantie der Elternverantwortung	211

a) Die Elternverantwortung als Pflichtrecht	212
b) Zur Abgrenzung von Ausgestaltung und Eingriff	213
aa) Die Abgrenzung von Ausgestaltung und Eingriff im Eltern- Kind-Verhältnis	214
bb) Die Abgrenzung von Ausgestaltung und Eingriff bei der Aufteilung der elterlichen Verantwortung zwischen den Eltern	217
c) Die Struktur der Elternverantwortung nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.	221
III. Ergebnisse	221
<i>15. Kapitel: Die Verfassungsgarantie der Vertragsfreiheit</i>	<i>224</i>
I. Die Garantie der Vertragsfreiheit im Wirtschaftsverkehr nach Art. 152 I WRV	224
II. Die Verfassungsgarantie der Vertragsfreiheit im Grundgesetz	225
1. Die Vertragsfreiheit als Selbstbestimmung im Rechtsverkehr in ihrer abwehrrechtlichen Funktion	226
2. Die Privatautonomie als staatlich zu sichernde Grundlage der Selbstbestimmung im Rechtsverkehr	227
III. Ergebnisse	231
<i>2. Abschnitt: Weitere Verfassungsgewährleistungen institutioneller Art im Grundrechtsteil des Grundgesetzes</i>	<i>232</i>
<i>16. Kapitel: Die Verfassungsgarantie von Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie</i>	<i>233</i>
I. Das Verständnis der Art. 159 und 165 I 1 WRV	233
II. Von der institutionellen zur freiheitsrechtlichen Interpretation des Art. 9 III GG	236
1. Die institutionelle Interpretation	236
a) Die Weichenstellung für die institutionelle Lesart	236
b) Die institutionelle Dogmatik: Koalitionsbetätigung als Aufgabenwahrnehmung im öffentlichen Interesse	238
c) Die institutionelle Begrifflichkeit: Die Ausgestaltungs- und Kernbereichsrechtsprechung	240
2. Die freiheitsrechtliche Interpretation des Art. 9 III GG	241
a) Die Klarstellung und Aufgabe der Kernbereichsrechtsprechung	241
b) Die Unterscheidung von Ausgestaltung und Schrankenziehung	243
c) Die Gewährleistung der Tarifautonomie als Rechts- institutsgarantie	245
III. Ergebnisse	246

<i>17. Kapitel: Die Verfassungsgarantien von Presse- und Rundfunkfreiheit</i>	247
I. Die verfassungsrechtliche Gewährleistung der Pressefreiheit.	249
1. Die institutionelle Eigenständigkeit der Presse als Schutzbereichsbestimmung	250
2. Die institutionelle Eigenständigkeit der Presse als objektiv-rechtliche Grundrechtsfunktion.	252
3. Die Pressefreiheit als Freiheit eines Funktionszusammenhangs	255
II. Die Verfassungsgarantie des freiheitlichen Rundfunks	256
1. Der Unterschied zwischen Presse und Rundfunk: Angewiesenheit auf rechtliche Ordnung aus tatsächlichen Gründen.	256
2. Die Rundfunkfreiheit in der dualen Rundfunkordnung	258
3. Zur Abgrenzung von Ausgestaltung und Eingriff	262
4. Die Rundfunkfreiheit als dienende Freiheit.	263
III. Ergebnisse	263
 <i>18. Kapitel: Die Verfassungsgarantie von freier Wissenschaft, Forschung und Lehre</i>	 265
I. Das institutionelle Verständnis des Art. 142 WRV	265
1. Das Lehramt als geschützte Institution.	265
2. Die akademische Selbstverwaltung in der Universität als geschützte Institution	268
II. Die Wissenschaftsfreiheit gemäß Art. 5 III GG	270
1. Veränderungen im Normtext.	270
2. Wissenschaftsfreiheit in der Rechtsprechung des Bundes- verfassungsgerichts	271
a) In alten Denkmustern	272
b) Ein neuer Weg: Der Inhalt des Art. 5 III GG als objektive Wertentscheidung	272
c) Art. 5 III GG als Grundrecht der Universität	276
d) Die Struktur der Wissenschaftsfreiheit nach der Konzeption des Bundesverfassungsgerichts	277
3. Die Macht der Tradition: Institutionelle Auffassungen in der Literatur	278
a) Institutionelle Garantien im Schutzbereich des Art. 5 III GG	278
b) Art. 5 III GG als Funktionsgrundrecht	281
III. Ergebnisse	283

<i>19. Kapitel: Die Verfassungsgarantien des Schulwesens</i>	286
I. Zur Rechtsnatur der Regelungen des Schulwesens in der Weimarer Reichsverfassung	286
II. Die Verfassungsgarantien des Art. 7 GG	288
1. Staatliche Schulaufsicht	288
2. Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach	290
3. Privatschule	292
a) Grundrecht und institutionelle Garantie	293
b) Die verfassungsrechtlichen Grundlagen der Privatschul- subventionierung	294
aa) Die Auffassung des Bundesverwaltungsgerichts	294
bb) Die Auffassung des Bundesverfassungsgerichts	297
cc) Zur Frage des subjektiven Rechts auf Finanzierungshilfe	299
III. Ergebnisse	302
 <i>20. Kapitel: Die staatskirchenrechtlichen Verfassungsgarantien</i>	 304
I. Das Verbot der Staatskirche gemäß Art. 137 I WRV	304
II. Das Selbstbestimmungsrecht der Religionsgesellschaften gemäß Art. 137 III WRV	305
III. Der Körperschaftsstatus gemäß Art. 137 V WRV	306
IV. Das Steuererhebungsrecht gemäß Art. 137 VI WRV	308
V. Der Sonn- und Feiertagsschutz gemäß Art. 139 WRV	308
1. Die Auffassung der Weimarer Staatsrechtslehre	309
2. Der rechtliche Gehalt des Art. 139 WRV nach heutiger Auffassung	309
VI. Ergebnisse	311
 <i>21. Kapitel: Institutionelle Interpretationsansätze ohne Vorläufer aus der Weimarer Zeit: Staatsangehörigkeit, Rechtsweggarantie, Unverletzlichkeit der Wohnung</i>	 312
I. Staatsangehörigkeit	312
1. Die Auffassung des Bundesverfassungsgerichts: Verpflichtung zu sach- und systemgerechter Ausgestaltung ...	313
2. Bedeutungsgehalte der Charakterisierung als institutionelle Garantie bzw. Institutsgarantie	314

a) Existenz der Rechtskategorie „Staatsangehörigkeit“	314
b) Inhaltliche Anforderungen an die Ausgestaltung des Staatsangehörigkeitsrechts	316
3. Ergebnis	319
II. Die Rechtsweggarantie des Art. 19 IV GG	320
1. Art. 19 IV GG als Anspruch auf effektiven Rechtsschutz und verfassungsrechtlicher Maßstab für prozessrechtliche Regelungen: Die Rechtsprechung des Bundesverfassungs- gerichts	320
2. Art. 19 IV GG als Anspruch auf effektiven Rechtsschutz und institutionelle Garantie einer Gerichtsbarkeit	321
3. Art. 19 IV als Leistungsrecht	323
III. Unverletzlichkeit der Wohnung	323
1. Die Interpretation des Art. 115 WRV	323
2. Die Bedeutung institutioneller Terminologie im Zusammenhang mit Art. 13 GG	324
 3. Abschnitt: Die „klassischen“ institutionellen Garantien	 328
 22. Kapitel: Die Verfassungsgewährleistung der gemeindlichen Selbstverwaltung	 328
I. Die Wurzeln der Garantie gemeindlicher Selbstverwaltung	328
II. Das Verständnis der Gewährleistung der gemeindlichen Selbstverwaltung gemäß Art. 127 WRV	330
III. Die institutionelle Garantie der gemeindlichen Selbstverwaltung in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	331
1. Die institutionelle Rechtssubjektsgarantie	334
2. Die Rechtsinstitutionsgarantie	335
a) Die Interpretation der Weimarer Zeit als Ausgangspunkt	336
b) Der Anwendungsbereich des Verhältnismäßig- keitsgrundsatzes	338
c) Die Neubestimmung des gemeindlichen Aufgaben- bereichs durch die Rastede-Entscheidung	340
d) Die Neubestimmung der Eigenverantwortlichkeitsgarantie	343
e) Zusammenfassung des aktuellen Stands der Rechtsprechung zur Rechtsinstitutionsgarantie	345
3. Die subjektive Rechtsstellungsgarantie	347
IV. Ergebnisse	347

23. Kapitel: Die Verfassungsgarantie des Berufsbeamtentums	349
I. Art. 129 und 130 WRV als institutionelle Garantie	350
II. Die Verfassungsgarantie des Berufsbeamtentums nach Art. 33 IV und V GG	352
1. Der Funktionsvorbehalt des Art. 33 IV GG	353
2. Der Regelungsauftrag	354
a) Der objektivrechtliche Gehalt des Art. 33 V GG	354
b) Der subjektivrechtliche Gehalt des Art. 33 V GG	355
III. Strukturvergleich zwischen der Verfassungsgarantie der gemeindlichen Selbstverwaltung und der Verfassungsgarantie des Berufsbeamtentums	360
IV. Ergebnisse	362
24. Kapitel: Die verfassungsrechtliche Gewährleistung der Unabhängigkeit der Rechtspflege	363
I. Art. 102–105 WRV als institutionelle Garantien	363
II. Die Rechtsnatur der Verfassungsgewährleistungen einer unabhängigen Rechtspflege gemäß Art. 92, 97 und 101 GG	365
1. Die Garantie einer „rechtsprechenden Gewalt“ gemäß Art. 92 GG	366
2. Die „institutionelle“ Sicherung der persönlichen Unabhängigkeit der Richter gemäß Art. 97 II GG	367
3. Das Recht auf den gesetzlichen Richter gemäß Art. 101 I 2 GG	368
III. Ergebnisse	369
4. Abschnitt: Sonstige Garantien von „Institutionen“ oder „Instituten“ außerhalb des Grundrechtsteils des Grundgesetzes.	371
25. Kapitel: Die verfassungsrechtliche Sicherung der politischen Parteien	371
I. Die Parteien als „verfassungsrechtliche Institution“: von verfassungsorganähnlichen Funktionsträgern zum verfassungsrechtlichen Leitbild für Parteien	372
II. Art. 21 GG als „institutionelle Garantie“ ?	376
1. Art. 21 GG als faktische Bestandssicherung von Parteien	376
2. Art. 21 GG als rechtliche Verpflichtung zur Gewährleistung der Existenz von Parteien	376
III. Ergebnisse	382

<i>26. Kapitel: Die verbliebenen garantierten „Institute“ und „Institutionen“</i>	383
I. Amtshaftung	383
II. Handelsflotte	386
III. Bundeswehr	387
IV. Bundesbank	388
<i>27. Kapitel: Bilanz des Wandels</i>	391

4. Teil

Versuch einer Neubestimmung der Rechtsfigur
„Einrichtungsgarantie“ als einer rechtsdogmatischen Kategorie
des Grundgesetzes

<i>28. Kapitel: Das Grundgesetz als wertsetzende Grundnorm</i>	395
I. Die Lehren aus der Rechtsgeschichte	395
II. Die relevanten Unterschiede zwischen der Weimarer Reichsverfassung und dem Grundgesetz	396
1. Die Bedeutung von Art. 1 III GG und Art. 20 III GG	398
2. Die Bedeutung der Wesensgehaltsgarantie des Art. 19 II GG ..	400
3. Die Bedeutung der Verfassungssicherung durch Art. 79 GG ...	402
4. Die Bedeutung des Art. 19 III GG	403
III. Ergebnis	404
<i>29. Kapitel: Anwendungsbereich und Funktion von Einrichtungsgarantien im Grundgesetz</i>	405
I. Strukturelle und funktionale Gemeinsamkeiten von Rechts- institutsgarantien und institutionellen Garantien	405
1. Einfachgesetzlich konstituiertes Schutzgut	406
2. Gewährleistung von Autonomie als Schutzzweck	406
II. Die Unterscheidung zwischen Rechtsinstitutsgarantien und institutionellen Garantien	409
1. Herkömmliche Kriterien	409
a) Privatrecht – Öffentliches Recht	409
b) Zuordnung zu einem Grundrecht	409
c) Verbindung mit einem faktischen Substrat	410

2. Eigener Ansatz: Autonomie im Dienst individueller Freiheitsentfaltung – Autonomie im Dienst einer Aufgabe	410
III. Ergebnis	411
<i>30. Kapitel: Das Verhältnis der Einrichtungsgarantien zu den sogenannten objektivrechtlichen Grundrechtsgehalten</i>	<i>412</i>
I. Organisation und Verfahren	412
1. Systematisierung der Organisations- und Verfahrens- dimensionen	413
a) Organisation und Verfahren als rechtliches Können	414
b) Die Unterscheidung zwischen Verfahrensgrundrechten, verfahrensabhängigen Grundrechten, verfahrensbetroffenen Grundrechten und verfahrensgeprägten Grundrechten	415
c) Die Zuordnung zur Staat-Bürger oder (Staat-) Bürger-Bürger- Beziehung	417
d) Integration der verschiedenen Ansätze zu einem System der Organisations- und Verfahrensdimensionen von Grundrechten .	418
2. Das Verhältnis der grundrechtlichen Organisations- und Verfahrensdimension zu den Rechtsinstitutsgarantien und den institutionellen Autonomiegewährleistungen	419
II. Schutz- und Förderpflichten	421
1. Bestandsaufnahme von grundrechtlichen Schutz- und Förderpflichten	421
2. Unterscheidung zwischen primären und sekundären Schutzpflichten	422
3. Das Verhältnis der Rechtsinstitutsgarantien und institutionellen Autonomiegewährleistungen zu grundrechtlichen Schutzpflichten	424
III. Ausstrahlungswirkung	426
IV. Ergebnis	427
<i>31. Kapitel: Der Gewährleistungsgehalt von Rechtsinstitutsgarantien und institutionellen Autonomiegewährleistungen</i>	<i>428</i>
I. Das Methodenproblem	428
II. Das dogmatische Problem	430
1. Die abwehrrechtliche Konstruktion	430
2. Die Verpflichtung zur Ausgestaltung als Inhalt der Gewährleistung	432

a) Die Unterscheidung zwischen Kern und Randbereich innerhalb der Ausgestaltungspflicht	432
b) Die Unterscheidung zwischen ausgestaltender und eingreifender Rechtsetzung	434
III. Vorschlag zur verfassungskonformen Bestimmung des Gewähr- leistungsgehalts von Einrichtungsgarantien auf der Grundlage ihrer Rechtsnatur als Autonomiegewährleistungen	435
1. Die Unterscheidung zwischen zwei Gewährleistungs- dimensionen	435
2. Exemplarische Prüfung der vorgeschlagenen Unterscheidung zwischen zwei Gewährleistungsdimensionen	438
a) Eigentumsgarantie	438
b) Erbrechtsgarantie	441
c) Ehegewährleistung	441
d) Gewährleistung der Tarifautonomie	442
e) Garantie der gemeindlichen Selbstverwaltung	442
f) Ergebnis	442
IV. Zum subjektivrechtlichen Gehalt von Einrichtungsgarantien	443
1. Der Meinungsstand	443
2. Die „Autonomie“ als systematischer Ausgangspunkt für die Begründung subjektiver Rechte in Bezug auf Einrichtungs- garantien	445
a) Subjektive Rechte und Rechtsinstitutsgarantien	445
b) Subjektive Rechte und institutionelle Autonomiegewährleistungen .	446
c) Exkurs: Zum Verhältnis von subjektivem und objektivem Recht bei den organisationsgeprägten Freiheitsrechten	447
V. Ergebnis	449
 <i>32. Kapitel: Abschließende Zuordnung von Einzelbestimmungen zu den Kategorien der grundgesetzlichen Rechtsinstitutsgarantien und institutionellen Autonomiegewährleistungen</i>	 450
I. Prüfung der Zugehörigkeit von Einzelbestimmungen zu den Rechtsinstitutsgarantien des Grundgesetzes	450
1. Die Garantie der Ehe als Rechtsinstitut	451
2. Die Gewährleistung der Elternverantwortung als Rechtsinstitut	454
3. Die verfassungsrechtliche Anerkennung der Familie als soziale Institution	457
4. Die Gewährleistung des Eigentums als Rechtsinstitut	458
5. Die Gewährleistung des Erbrechts als Rechtsinstitut	459

6. Vertragsfreiheit und Privatautonomie als Freiheit und Prinzip .	459
7. Die Vereinigungsfreiheit als natürliche Freiheit und Gewährleistung privatautonomer Organisation	461
8. Die Gewährleistung der Tarifautonomie als Rechtsinstitut	461
II. Prüfung der Zugehörigkeit von Einzelbestimmungen zu den institutionellen Autonomiegewährleistungen	466
1. Die Garantie der kommunalen Selbstverwaltung als institutionelle Autonomiegewährleistung	466
2. Das Recht zur Errichtung von Privatschulen als Bestandteil einer institutionellen Autonomiegewährleistung	468
3. Die Gewährleistung von Religionsunterricht als schul- organisatorische Entscheidung und staatsgerichtete Kompetenzgarantie in Anerkennung grundrechtlicher Freiheit	470
III. Ergebnis	472
Zusammenfassung	473
Literaturverzeichnis	485
Namensverzeichnis	507
Sachregister	509

Einleitung

Die Lehre von den Einrichtungsgarantien (Rechtsinstituts- und institutionelle Garantien) ist zur Zeit der Weimarer Republik mit dem Ziel einer systematisierenden Erfassung und Gliederung des Grundrechtsteils der Weimarer Reichsverfassung entwickelt worden. Verfassungsrechtsprechung und Rechtswissenschaft haben sie für das Grundgesetz rezipiert. Ein Interesse, sich noch heute mit dieser Lehre zu befassen, besteht deshalb darin, Kontinuität und Wandel in der Verfassungsauslegung von der Weimarer Reichsverfassung zum Grundgesetz nachzuvollziehen. Darüber hinaus ist das Thema der Einrichtungsgarantien, ebenso wie das der klassischen Freiheitsrechte, angesiedelt im Spannungsfeld von Freiheit und Ordnung, Individuum – Gesellschaft – Staat, einfachem Gesetz und Verfassungsrecht. Es handelt sich damit um ein Thema, das dauerhafter Bearbeitung zur Vergewisserung über Entwicklung und Stand der genannten Verhältnisse bedarf. Während für die klassischen Freiheitsrechte das Wissen um die Herkunft aus dem rationalistischen Naturrecht, aus Individualismus und Liberalismus Gemeingut ist¹, ist die Bearbeitung der rechtsgeschichtlichen, rechtstheoretischen und rechtsphilosophischen Grundlagen der Lehre von den Einrichtungsgarantien vernachlässigt worden.² Eine Verbindung zum sog. institutionellen Rechtsdenken wird teils behauptet³, teils verneint⁴, ist bisher jedoch kaum untersucht worden.

¹ Siehe nur *Stern, Klaus*, Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland Band III/1 – Allgemeine Lehren der Grundrechte, München 1988, § 59 (S. 71 ff.); *ders.*, Idee der Menschenrechte und Positivität der Grundrechte, in: Josef Isensee/Paul Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland Band V, Heidelberg 1992, § 108 Rn. 9 ff.; *Dreier, Horst*, in: *ders.* (Hrsg.), Grundgesetz, Band I, Tübingen 1996, Vorb. Rn. 4; s. auch *Hofmann, Hasso*, Zur Herkunft der Menschenrechtserklärungen, JuS 1988, S. 841 (842 ff.); zum Liberalismus s. *Huber, Ernst Rudolf*, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Band II, Der Kampf um Einheit und Freiheit, 1830–1850, 2. Aufl., Stuttgart 1968, S. 311–314; *Stolleis, Michael*, Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland, Band II – Staatsrechtslehre und Verwaltungsrechtswissenschaft 1800–1914, München 1992, S. 50; *Apelt, Willibald*, Geschichte der Weimarer Verfassung, 2. Aufl., München 1964, S. 293.

² Siehe *Forsthoff, Ernst*, Lehrbuch des Verwaltungsrechts, Band I, Allgemeiner Teil, 10. Aufl., München 1973, S. 165 Fn. 1: „Eine systematische Darstellung des Wesens und der Grundzüge institutioneller Rechtsauffassung steht im deutschen Rechtschrifttum noch aus.“ Zum Zusammenhang mit der Lehre von den Einrichtungsgarantien s. ebenda Fn. 2.

³ Bejahend *Forsthoff*, Lehrbuch des Verwaltungsrechts, Band I, 10. Aufl., 1973, S. 165 Fn. 2; *Schmidt-Jortzig, Edzard*, Die Einrichtungsgarantien der Verfassung – Dogmatischer

Bereits der Begriff des institutionellen Rechtsdenkens ist vage und umfasst sowohl rechtstheoretische als auch methodische Positionen.⁵ Die Vermutung liegt nahe, dass die Zweifelsfragen, die mit der Lehre von den Einrichtungsgarantien verbunden sind⁶, gerade in der mangelnden Reflexion ihrer rechtsgeschichtlichen und rechtstheoretischen Wurzeln ihre Ursache haben. Die Unklarheiten begünstigen wiederum den erheblichen Bedeutungsverlust der Rechtsfigur zugunsten einer alle Grundrechte umfassenden Lehre von den objektiven Grundrechtsgehalten.⁷

Mit der Arbeit soll ein erneuter Versuch unternommen werden, Begriff, Funktion und Schutzgehalt der Rechtsinstituts- und institutionellen Garantien für das Grundgesetz zu klären. Durch deren Neubestimmung soll ein Beitrag für eine grundrechtsspezifisch differenzierende Grundrechtsinterpretation geleistet werden. Damit ist das dogmatische Interesse der Arbeit benannt.

Hinzukommt ein methodenkritisches Interesse. Die Abhängigkeit der Methodenwahl vom Vorverständnis ist ein der Methodenlehre geläufiges Phänomen.⁸ Theorie und Methode beeinflussen ihrerseits die Rechtsdogmatik, inso-

Gehalt und Sicherungskraft einer umstrittenen Figur, Göttingen 1979, S. 21; eine Verbindung ist implizit nahegelegt bei *Rüthers, Bernd*, Die unbegrenzte Auslegung – Zum Wandel der Privatrechtsordnung im Nationalsozialismus, 5. Aufl., Heidelberg, 1997, S. 277 ff., insbesondere S. 279 durch Bezugnahme auf die begriffliche Unterscheidung zwischen Rechtsinstitut und Institution, im weiteren passim durch Verwendung des Begriffs Rechtsinstitut. Auch Carl Schmitt selbst stellt eine Verbindung her. Siehe *Schmitt, Carl*, Politische Theologie, 2. Aufl., Berlin 1934 bzw. 3. Aufl., Berlin 1979, Vorwort. Eine Verbindung zum institutionellen Verfassungsverständnis konstatiert *Scholz, Rupert*, Die Koalitionsfreiheit als Verfassungsproblem, München 1971, S. 233; zur institutionellen Grundrechtstheorie *Kemper, Michael*, Die Bestimmung des Schutzbereichs der Koalitionsfreiheit – Zugleich ein Beitrag zur Lehre von den Einrichtungsgarantien, Heidelberg 1990, S. 13–15.

⁴ Eher verneinend *Stern*, Staatsrecht III/1, 1988, § 68, S. 770: „erhebliche Abweichung“; S. 772: „nicht mehr viel gemein“; verneinend auch *Häberle, Peter*, Die Wesensgehaltgarantie des Art. 19 Abs. 2 GG, 3. Aufl., Heidelberg 1983, S. 92 ff.; *Steinbeiß-Winkelmann, Christine*, Grundrechtliche Freiheit und staatliche Freiheitsordnung, Frankfurt am Main, 1986, S. 85 ff., 91: ungeachtet möglicher gedanklicher Verbindungen, sei die Lehre von den Einrichtungsgarantien nicht das Ergebnis einer mit dem institutionellen Rechtsdenken verbundenen Methode.

⁵ *Böckenförde, Ernst-Wolfgang*, Ordnungsdenken, konkretes, in: Historisches Wörterbuch der Philosophie, Band 6, Darmstadt, 1984, Spalte 1312.

⁶ Siehe dazu *Stern*, Staatsrecht III/1, 1988, § 68 (S. 769): „in der Sache erhebliche Unsicherheiten und Unklarheiten bezüglich terminologischer Weite der Einrichtungsgarantien“; s. auch ebenda S. 755, 776, S. 866: „Aufgabe der Strukturierung dieser besonderen verfassungsrechtlichen Garantieschicht ist in der Verfassungslehre des Grundgesetzes noch nicht gelöst.“; ebenda, S. 868 zum Problem der Schutzdichte.

⁷ Für Überflüssigkeit mit Hinweis auch auf die objektiven Grundrechtsgehalte *Waechter, Kay*, Einrichtungsgarantien als dogmatische Fossilien, Die Verwaltung 29 (1996), S. 47 (51).

⁸ Siehe nur *Esser, Josef*, Vorverständnis und Methodenwahl der Rechtsfindung, Frankfurt am Main, 1970, insbes. S. 130 ff.; siehe auch *Ehmke, Horst*, Prinzipien der Verfassungsinterpretation, in: Probleme der Verfassungsinterpretation. Dokumentation einer Kontroverse,

weit Normen immer nur als bereits ausgelegte und damit theoretisch und methodisch bearbeitete Sollenssätze analysiert, verglichen und systematisiert werden können.⁹ Das methodenkritische Anliegen der Arbeit ist es, diesem Zusammenhang von Theorie, Methode und Dogmatik am Beispiel der Lehre von den Einrichtungsgarantien nachzugehen, einer Rechtsfigur, die angesichts ihres schillernden Charakters und ihrer begrifflichen Offenheit¹⁰ besonders geeignet erscheint, derartige Zusammenhänge konkret nachzuweisen.

Voraussetzung für die Erreichung des rechtsdogmatischen Ziels, der Erarbeitung einer grundgesetzgemäßen Lehre von den Einrichtungsgarantien, ist die Analyse der Verwendung dieser für den Grundrechtsteil der Weimarer Reichsverfassung entwickelten Rechtsfigur bei der Auslegung des Grundgesetzes. Die kritische Analyse dieser Rezeption wie auch der Versuch einer verfassungsmäßigen Rekonstruktion erfordert es, Entstehung und Entwicklung der Lehre von den Einrichtungsgarantien unter der Weimarer Reichsverfassung darzustellen, wobei den Methoden der Verfassungsauslegung besondere Aufmerksamkeit zugewendet wird. Zur weiteren Grundlegung der grundgesetzbezogenen Rezeptionsanalyse, insbesondere im Hinblick auf die Verfolgung ideengeschichtlicher Traditionslinien, ist dem sogenannten institutionellen Rechtsdenken in rechtsgeschichtlicher Perspektive nachzugehen und der Zusammenhang zwischen diesem Rechtsdenken und der Lehre von den Einrichtungsgarantien herauszuarbeiten. Auf der Grundlage der Kenntnis nicht nur der Entstehungsgeschichte, sondern auch der rechtsgeschichtlich-theoretischen Wurzeln und der im weiteren erfolgten Wandlungen der Rechtsfigur „Einrichtungsgarantien“ wird eine grundgesetzgemäße Neubestimmung als dogmatischer Kategorie möglich sein.

Daraus ergibt sich eine Gliederung der Arbeit in vier Teile: Der erste Teil ist der Entstehung und Entwicklung der Lehre von den Einrichtungsgarantien durch die Rechtswissenschaft gewidmet. Im zweiten Teil folgt die Untersuchung des institutionellen Rechtsdenkens im Hinblick auf seine Bedeutung

hrsg. von Ralf Dreier und Friedrich Schwegmann, Baden-Baden 1976, S. 164 (166 f., 180, 207); *Pestalozza, Christian*, Kritische Bemerkungen zu Methoden und Prinzipien der Grundrechtsauslegung in der Bundesrepublik Deutschland, ebenda, S. 211 (213, 215); zum Zusammenhang zwischen Theorie, Methode und Dogmatik siehe auch *Jestaedt, Matthias*, Grundrechtsentfaltung im Gesetz. Studien zur Interdependenz von Grundrechtsdogmatik und Rechtsgewinnungstheorie, Tübingen 1999, S. 3, 127 ff., 266 ff.

⁹ Siehe zur Aufgabe der Dogmatik *Schmidt-Aßmann, Eberhard*, Grundlagen und Aufgaben der verwaltungsrechtlichen Systembildung, in: Dirk Ehlers/Walter Krebs (Hrsg.), Grundfragen des Verwaltungsrechts und des Kommunalrechts, Symposium aus Anlaß der Emeritierung von Professor Dr. Hans-Uwe Erichsen am 5. Mai 2000 in Münster, Berlin 2000, S. 1 (2): „... systematisch, d.h. analytisch und vergleichend ...“.

¹⁰ Siehe nur *Bettermann, Karl-August*, Rundfunkfreiheit und Rundfunkorganisation, DVBl. 1963, S. 41 (42): „Nebel des Institutionellen“; *Schmitt-Glaeser, Walter*, Die Meinungsfreiheit in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (1. Teil), AöR 97 (1972), S. 60 (97): „babylonische Sprachverwirrung“.

für diese Lehre. Auf dieser Grundlage ist im dritten Teil die Verwendung der Lehre von den Einrichtungsgarantien bei der Auslegung und Anwendung des Grundgesetzes insbesondere durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu analysieren. Der vierte Teil ist der Begründung einer grundgesetzgemäßen Lehre von den Einrichtungsgarantien gewidmet; es werden deren Begriff, Funktion und Schutzgehalt im Zusammenhang der freiheitlich-demokratischen Verfassung des Grundgesetzes entwickelt.

1. Teil

Die Lehre von den Einrichtungsgarantien als Gegenstand der Staatsrechtswissenschaft

Als Begründer der Lehre von den Einrichtungsgarantien gilt in erster Linie Carl Schmitt¹, auch wenn es Friedrich Klein war, der am Ende der Verfassungsepoche der Weimarer Republik den Begriff der „Einrichtungsgarantien“ als Oberbegriff für die institutionellen Garantien einerseits und die Rechtsinstitutsgarantien andererseits prägte². Wie stets, lassen sich jedoch auch für diese Lehre vor ihrer maßgeblichen Formulierung Vorläufer finden³, vor allem aber zeitbedingte Entstehungsgründe benennen⁴. Diese ergeben sich in Bezug auf die Lehre von den Einrichtungsgarantien nicht nur aus dem damaligen Stand der Staatsrechts(- bzw. Verfassungsrechts)wissenschaft, sondern auch – ohnehin nicht unabhängig voneinander zu sehen – aus der Geschichte der Entstehung der Weimarer Republik und ihrer Verfassung. Erst vor diesem Hintergrund lässt sich die Lehre von den Einrichtungsgarantien, wie Carl Schmitt sie ausgearbeitet hat, darlegen und würdigen. Die Darstellung der weiteren Rezeptionsgeschichte wird die Vielfalt der mit dieser Lehre verbundenen Vorstellungen aufzeigen, deren Ursache in unterschiedlichen rechtstheoretischen Prämissen zu finden ist.

¹ Siehe nur *Klein, Friedrich*, Institutionelle Garantien und Rechtsinstitutsgarantien – Ein Beitrag zum Grundrechtsproblem und zur systematisch-konstruktiven Erfassung der in der Weimarer Reichsverfassung enthaltenen Gewährleistungen, Breslau 1934, S. 6 sowie die §§ 3 und 4; *ders.*, in: von Mangoldt/Klein, Das Bonner Grundgesetz, 2. Aufl., Berlin 1966, Vorbem. A VI 3 a; *Abel, Gunther*, Einrichtungsgarantien, Berlin 1964, S. 17; *Stern*, Staatsrecht III/1, 1988, § 68 (S. 758); siehe im übrigen grundlegend für die Lehre *Schmitt, Carl*, Verfassungslehre, 4. Aufl., Berlin 1965 (unveränderter Nachdruck der 1. Aufl., Berlin 1928), S. 170 ff.; *ders.*, Freiheitsrechte und institutionelle Garantien (1931), in: *ders.*, Verfassungsrechtliche Aufsätze, 2. Aufl., Berlin 1973, S. 140 ff.; *ders.*, Grundrechte und Grundpflichten (1932), ebenda, S. 181 (213 ff.).

² *Fr. Klein*, Institutionelle Garantien, 1934, S. 2 und passim.

³ Dazu das 1. Kapitel.

⁴ Dazu das 2. Kapitel.

1. Kapitel

Der entstehungsgeschichtliche Hintergrund: Der Stand der Staatsrechtswissenschaft zu Beginn der Weimarer Republik

Der Zusammenbruch des deutschen Kaiserreichs mit dem Ende des Ersten Weltkriegs führte nicht sogleich zu einer Erschütterung der Staatsrechtswissenschaft in ihren Grundfesten. Vielmehr blieben die herrschenden vorrepublikanischen Dogmen ungeachtet des radikalen Bruchs in den politischen Verhältnissen zunächst weiterhin herrschend.⁵ Erst nach und nach fand die veränderte Wirklichkeit ihren Niederschlag in einer Veränderung der Gewichte zwischen den staatsrechtlichen Auffassungen, wobei das Ringen um eine Neukonzeption seinen Ausdruck fand in dem sogenannten Richtungsstreit der Weimarer Staatsrechtslehre.⁶ Der Stand der Staatsrechtswissenschaft und Grundrechtsdogmatik unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg war jedoch zunächst einmal der der vorrepublikanischen Zeit.

I. Der Positivismus in der Staatsrechtswissenschaft des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts

Die der Weimarer Reichsverfassung vorangehende Verfassung des Deutschen Reiches von 1871, die die normative Grundlage der Staatsrechtswissenschaft im deutschen Spätkonstitutionalismus war, verfügte nicht über einen

⁵ *Rennert, Klaus*, Die „geisteswissenschaftliche Richtung“ in der Staatsrechtslehre der Weimarer Republik – Untersuchungen zu Erich Kaufmann, Günther Holstein, Rudolf Smend, Berlin 1987, S. 22 f.

⁶ Siehe zum Richtungsstreit *Rennert*, Die „geisteswissenschaftliche Richtung“, 1987; *Bauer, Wolfram*, Wertrelativismus und Wertbestimmtheit im Kampf um die Weimarer Demokratie, Berlin 1968; *Friedrich, Manfred*, Der Methoden- und Richtungsstreit. Zur Grundlagen Diskussion der Weimarer Staatsrechtslehre, AöR 102 (1977), S. 161 ff.; *Graner, Renate*, Die Staatsrechtslehre in der politischen Auseinandersetzung um die Weimarer Demokratie, Freiburg 1980; *Lepsius, Oliver*, Die gegensatzaufhebende Begriffsbildung – Methodenentwicklung in der Weimarer Republik und ihr Verhältnis zur Ideologisierung der Rechtswissenschaft unter dem Nationalsozialismus, München 1994.

Grundrechtsteil.⁷ Die Aufstellung eines Grundrechtskatalogs in der Reichsverfassung erschien unnötig, weil alle Verfassungen der Länder einen Grundrechtskatalog enthielten und die Funktion der Grundrechte von der ganz herrschenden Auffassung allein darin gesehen wurde, die Exekutive für Eingriffe in Freiheit und Eigentum an eine gesetzliche Ermächtigungsgrundlage zu binden⁸; der insoweit grundrechtsgebundene Gesetzesvollzug war aber in erster Linie Ländersache^{9, 10}

Dieses eingeschränkte Verständnis von der Funktion der Grundrechte war keineswegs vom Aufkommen der Grundrechtsidee in Deutschland an herrschend. Aus der zunächst – namentlich im Frühkonstitutionalismus – auch für die Entwicklung in Deutschland maßgeblichen naturrechtlichen Konzeption vorstaatlicher Menschenrechte¹¹ folgt vielmehr die Bindung aller staatlichen Gewalt. Diese naturrechtlich-liberale Überzeugung hatte andererseits in ihrer politischen und staatsrechtlichen Umsetzung zu keinem Zeitpunkt zum Inhalt, dass die Grundrechte als Schranken der Staatsgewalt absolut seien. Sie konnten stets durch einfaches Gesetz erweitert und auch verengt werden. Der geschützte Raum blieb im Hinblick auf Staatsnotwendigkeiten variabel.¹² Der naturrechtlich-rechtsstaatliche Gesetzesbegriff hatte allerdings einen materiellen Gehalt: er setzte Allgemeinheit hinsichtlich des Adressatenkreises, Spezifität und Präzision hinsichtlich der Eingriffsermächtigung und die Achtung wohlverworbener Rechte voraus.¹³

Die Beschränkung der Grundrechtsfunktion auf den Schutz vor ungesetzlichen Eingriffen in Freiheit und Eigentum durch die Exekutive fand ihre

⁷ *Stolleis*, Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland, Band 2, 1992, S. 372; zu den Gründen siehe auch *Planitz, Hans*, Zur Ideengeschichte der Grundrechte, in: H. C. Nipperdey (Hrsg.), Die Grundrechte und Grundpflichten der Reichsverfassung, Kommentar zum zweiten Teil der Reichsverfassung, Dritter Band, Art. 143 bis. 165, Berlin 1930, S. 597 (618 f.).

⁸ *Stolleis*, Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland, Band 2, 1992, S. 373 mit Hinweis auf *Jellinek, Georg*, System der subjektiven öffentlichen Rechte, Tübingen 1905, S. 102; s. auch *Smend, Rudolf*, Bürger und Bourgeois, in: ders., Staatsrechtliche Abhandlungen und andere Aufsätze (1933), 3. Aufl., Berlin 1994, S. 309 (314).

⁹ *Huber, Ernst Rudolf*, Deutsche Verfassungsgeschichte, Band III – Bismarck und das Reich, Stuttgart 1963, S. 961.

¹⁰ Zum dargestellten Begründungszusammenhang siehe *Apelt*, Geschichte der Weimarer Verfassung, 1964, S. 295.

¹¹ Siehe nur *E. R. Huber*, Deutsche Verfassungsgeschichte, Band II – Der Kampf um Einheit und Freiheit 1830 bis 1850, 2. Aufl., Stuttgart 1960, S. 374; *Stolleis*, Geschichte des öffentlichen Rechts, Band 2, 1992, S. 50; *Apelt*, Geschichte der Weimarer Verfassung, 2. Aufl., 1964, S. 294; siehe auch die Nachweise in der Einleitung, Fn. 1.

¹² *Apelt*, Geschichte der Weimarer Verfassung, 2. Aufl., 1964, S. 293; s. auch *E. R. Huber*, Deutsche Verfassungsgeschichte, Band II, 2. Aufl., 1960, S. 374; *Stolleis*, Geschichte des öffentlichen Rechts, Band 2, 1992, S. 115 zu den Grundrechten der Paulskirchenverfassung von 1848.

¹³ Siehe dazu *Schmitt*, Verfassungslehre, 1. Aufl., 1928, § 13; *E. R. Huber*, Deutsche Verfassungsrechtsgeschichte, Band III, 1963, S. 913 ff.; *von Oertzen, Peter*, Die soziale Funktion des staatsrechtlichen Positivismus, Frankfurt a.M. 1974, S. 103 f.

rechtstheoretische Grundlage erst im rechtswissenschaftlichen Positivismus, dessen Aufstieg zur herrschenden rechtstheoretischen Position mit der Gründung des Deutschen Reiches einherging.¹⁴ Ziel des von Karl Friedrich Wilhelm von Gerber eingeleiteten, von Paul Laband dogmatisierten¹⁵ und von Hans Kelsen auf die Spitze getriebenen¹⁶ rechtswissenschaftlichen Positivismus war die Schaffung eines Systems des öffentlichen Rechts, das unabhängig von philosophischen, historischen und soziologischen Betrachtungen auf einer spezifisch rechtswissenschaftlichen Methode gründete¹⁷, deren Credo Laband auf den Punkt brachte:

„Die wissenschaftliche Aufgabe der Dogmatik eines bestimmten positiven Rechts liegt in der Konstruktion der Rechtsinstitute, in der Zurückführung der einzelnen Rechtssätze auf allgemeine Begriffe und andererseits in der Herleitung der aus diesen Begriffen sich ergebenden Folgerungen. Zur Lösung dieser Aufgabe gibt es kein anderes Mittel als die Logik.“¹⁸

Grundbegriffe der rechtswissenschaftlichen Konstruktion des öffentlichen Rechts – und das hieß zur damaligen Zeit in erster Linie des Staatsrechts – waren in Anlehnung an die fortgeschrittenere zivilrechtliche Dogmatik zum einen das Rechtssubjekt, zum anderen die Willenserklärung.¹⁹ Der Staat wurde als juristische Person gefasst, die Gesetze als seine Willensäußerungen verstanden.²⁰ Folge dieser Konstruktion war die Ablehnung der Existenz vorstaatlichen Rechts und die Formalisierung des Gesetzesbegriffs.²¹

¹⁴ Zum Zusammenhang zwischen der politischen und gesellschaftlichen Situation einerseits und der positivistischen Ausrichtung der Staatsrechtswissenschaft andererseits siehe ausf. von Oertzen, Die soziale Funktion des staatsrechtlichen Positivismus, 1974, § 16, insbesondere S. 321 f.; s. auch Wilhelm, Walter, Zur juristischen Methodenlehre im 19. Jahrhundert – Die Herkunft der Methode Paul Labands aus der Privatrechtswissenschaft, Frankfurt am Main, 1958, S. 143 f., 159.

¹⁵ Siehe dazu Pauly, Walter, Der Methodenwandel im deutschen Spätkonstitutionalismus, Tübingen 1993, S. 92 ff. zu von Gerber, S. 177 ff. zu Laband; s. auch von Oertzen, Die soziale Funktion des staatsrechtlichen Positivismus, 1974, S. 170 ff. zu von Gerber.

¹⁶ Rennert, Die „geisteswissenschaftliche Richtung“, 1987, S. 25.

¹⁷ Siehe zur Methode des staatsrechtlichen Positivismus von Oertzen, Die soziale Funktion des staatsrechtlichen Positivismus, 1974, S. 255, 329 f.; Pauly, Methodenwandel im Spätkonstitutionalismus, 1993, S. 146, 153; s. auch Bauer, W., Wertrelativismus und Wertbestimmtheit, 1968, S. 44; Rennert, Die „geisteswissenschaftliche Richtung“, 1987, S. 23 ff.; Schmitt, Carl, Über die drei Arten des rechtswissenschaftlichen Denkens, 1. Aufl., Hamburg 1934, 2. Aufl., Berlin 1993, S. 26.

¹⁸ Laband, Paul, Das Staatsrecht des Deutschen Reiches, 5. Aufl., Tübingen 1911, Vorrede, S. IX.

¹⁹ Siehe zu von Gerber, Pauly, Methodenwandel im Spätkonstitutionalismus, 1993, S. 107, 111 f.; zu Laband, ders., ebenda, S. 201; zur Herkunft aus der Privatrechtswissenschaft s. W. Wilhelm, Die juristische Methodenlehre im 19. Jahrhundert. Die Herkunft der Methode Paul Labands aus der Privatrechtswissenschaft, 1958; s. auch Rütters, Bernd, Die unbegrenzte Auslegung, Zum Wandel der Privatrechtsordnung im Nationalsozialismus, 1. Aufl., Tübingen 1968, S. 92.

²⁰ Pauly, Methodenwandel im Spätkonstitutionalismus, 1993, S. 181.

II. Die Erschütterung des staatsrechtlichen Positivismus durch das Ende des Deutschen Reichs als konstitutionelle Monarchie

Die dargestellte, sich unhistorisch und unpolitisch, begrifflich-konstruktiv und daher zeitlos wöhnende, tatsächlich den status quo stützende und relativ homogene und stabile gesellschaftliche Verhältnisse voraussetzende Rechtswissenschaft²² blieb in ihrem Selbstverständnis unerschüttert, solange die führenden gesellschaftlichen Kreise ihre Interessen durch das gesetzgebende Parlament vertreten sahen. Die uneingestanden Voraussetzungen des staatsrechtlichen Positivismus entfielen jedoch mit der Niederlage des Deutschen Reichs im ersten Weltkrieg und dem Untergang der Monarchie.²³ Die Spannungen zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft, die bis dahin zwar latent vorhanden, unter der Treue zur Krone jedoch weitgehend beherrscht werden konnten²⁴, brachen in der Krise des verlorenen Krieges offen aus. Nachdem die Gefahr einer bolschewistischen Revolution gebannt²⁵ und eine verfassungsgebende Versammlung konstituiert war, äußerten sich die Interessengegensätze zunächst im Ringen um den Grundrechtsteil der neuen Verfassung: Protestantische und katholische, liberale und konservative Interessen stritten um die verfassungsrechtliche Regelung des Verhältnisses von Staat und Kirche sowie die Schul- und Hochschulverfassung. Liberale Wirtschafts- und Eigentumsauffassung stand sozialistischen Überzeugungen von gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Neuordnung gegenüber.²⁶

²¹ Siehe dazu *von Oertzen*, Die soziale Funktion des staatsrechtlichen Positivismus, 1974, S. 259 f., 263: „Reduktion des Rechts auf den bloßen Willen des Staates“; siehe auch *Schmitt*, Die drei Arten des rechtswissenschaftlichen Denkens (1934), 2. Aufl. 1993, S. 26 f.; *Rüthers*, Die unbegrenzte Auslegung, 1. Aufl., 1968, S. 93.

²² *Kaufmann, Erich*, Die Gleichheit vor dem Gesetz im Sinne des Art. 109 der Reichsverfassung (1927), in: ders., Rechtsidee und Recht, Gesammelte Schriften Band 3, Göttingen 1960, S. 246 (247); *Schmitt*, Über die drei Arten des rechtswissenschaftlichen Denkens (1934), 2. Aufl. 1993, S. 27 f.; *von Oertzen*, Die soziale Funktion des staatsrechtlichen Positivismus, 1974, S. 321; *Bauer, W.*, Wertrelativismus und Wertbestimmtheit, 1968, S. 44, 45.

²³ Siehe *Rüthers*, Die unbegrenzte Auslegung, 1. Aufl., 1968, S. 95; *Pauly*, Methodenwandel im Spätkonstitutionalismus, 1993, S. 12, 185 f.

²⁴ Vgl. *Bauer*, Wertrelativismus und Wertbestimmtheit, 1968, S. 56.

²⁵ *Apelt*, Geschichte der Weimarer Verfassung, 2. Aufl., 1964, S. 37 ff.

²⁶ *Thoma, Richard*, Die juristische Bedeutung der grundrechtlichen Sätze der Deutschen Reichsverfassung im allgemeinen, in: H. C. Nipperdey (Hrsg.), Die Grundrechte und Grundpflichten der Reichsverfassung – Kommentar zum zweiten Teil der Reichsverfassung, Erster Band: Allgemeine Bedeutung der Grundrechte und die Artikel 102–117, Berlin 1929, S. 1 (8); *Schmitt*, Grundrechte und Grundpflichten (1932), in: ders., Verfassungsrechtliche Aufsätze, 2. Aufl., 1973, S. 181 (196 ff.); *Apelt*, Geschichte der Weimarer Verfassung, 2. Aufl., 1964, S. 297; *Leisner, Walter*, Grundrechte und Privatrecht, München 1960, S. 77 ff.; siehe zu den einzelnen Kompromissen *E. R. Huber*, Deutsche Verfassungsgeschichte, Band V – Weltkrieg, Revolution und Reichserneuerung 1914–1919, Stuttgart 1978, S. 1200 ff.

Die Einigung auf einen Verfassungstext schien zu der Hoffnung zu berechtigen, dass gerade der 2. Hauptteil der Verfassung nunmehr einen Teil der Integrationsfunktion der Krone übernehmen könnte.²⁷ Statt dessen wurde dieser Teil der Verfassung von Anfang an als „interfraktionelles Parteiprogramm“ und „dilatatorischer Formelkompromiß“, als „inkohärent“ und „heterogen“ angegriffen und abgewertet.²⁸ Fehlende Eindeutigkeit zahlreicher Bestimmungen begünstigte es, diese Verfassungssätze als „eine Vielheit von Bestätigungen, Beteuerungen, Ermahnungen, Programmen und Proklamationen aufzufassen, denen nur ausnahmsweise und nur in bescheidenem Maße unmittelbar verbindliche Rechtsnormen entnommen werden“²⁹ könnten. Hinzu gesellte sich der überkommene positivistische Gesetzesbegriff. Danach liefen mangels materieller Anforderungen an den Gesetzesbegriff alle Grundrechte mit Gesetzesvorbehalt gegenüber dem Gesetzgeber praktisch leer.³⁰ Auch Art. 76 WRV, der die Verfassungsänderung an die parlamentarische Zwei-Drittel-Mehrheit knüpfte, enthielt nach dieser Auffassung nur eine rein formale Bindung des Gesetzgebers.³¹ Da es schließlich eine Instanz zur letztverbindlichen Entscheidung von Streitigkeiten über die Auslegung von Vorschriften des 2. Hauptteils nicht gab, fehlten sämtliche Vorkehrungen, um die sich in diesem Teil der Verfassung niederschlagenden Konflikte durch harmonisierende und verbindliche Auslegung zu lösen.³² Das Auseinanderbrechen der Gesellschaft in unversöhnliche Interessengruppen fand seine Entsprechung in einer interessegeleiteten Interpretation der Verfassung³³, die deren Integrationspotential, das durchaus erkannt wurde³⁴, unausgeschöpft ließ.

Darüber hinaus konnten sich die gesellschaftlichen Spannungen infolge des uneingeschränkten Verhältniswahlrechts gemäß Art. 22 WRV ungehemmt ins Parlament hinein fortsetzen. Vor allem auf bürgerlich-konservativer Seite wich das überkommene Vertrauen in das Parlament als der eigenen Interes-

²⁷ Vgl. *Smend*, Verfassung und Verfassungsrecht (1928), in: ders., Staatsrechtliche Abhandlungen und andere Aufsätze, 3. Aufl., 1994, S. 119 (267): „Auch die Grundrechte müssen die Leere ausfüllen, die der Wegfall der Monarchie hinterlassen hat.“

²⁸ Siehe nur *Schmitt*, Grundrechte und Grundpflichten (1932), in: ders., Verfassungsrechtliche Aufsätze, 2. Aufl. 1973, S. 181 (196) sowie zuvor *ders.*, Verfassungslehre, 1928, S. 162.

²⁹ *Thoma*, in: Nipperdey (Hrsg.), Die Grundrechte, Erster Band, 1929, S. 1 (3 f.).

³⁰ *E. R. Huber*, Deutsche Verfassungsgeschichte, Band V, 1978, S. 1200; *ders.*, Deutsche Verfassungsgeschichte, Band VI – Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart 1981, S. 99; s. auch die Kritik bei *Schmitt*, Freiheitsrechte und institutionelle Garantien (1931), in: ders., Verfassungsrechtliche Aufsätze, 2. Aufl., 1973, S. 140 (140 ff., 143).

³¹ *Anschütz*, *Gerhard*, Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919 (im folgenden „Weimarer Reichsverfassung“), 14. Aufl., Berlin 1933, Bem. 1 zu Art. 76 (S. 401).

³² *Bauer*, Wertrelativismus und Wertgebundenheit, 1968, S. 65.

³³ Siehe die Beispiele bei *Schmitt*, Grundrechte und Grundpflichten (1932), in: ders., Verfassungsrechtliche Aufsätze, 2. Aufl., 1973, S. 181 (196 f.).

³⁴ Siehe *Thoma*, in: Nipperdey (Hrsg.), Die Grundrechte, Erster Band, 1929, S. 1 (9 ff.); *Smend*, Verfassung und Verfassungsrecht (1928), in: ders., Verfassungsrechtliche Aufsätze, 3. Aufl., 1994, S. 119 (260 ff.); *Schmitt*, Verfassungslehre, 1. Aufl., 1928, S. 161.

Namensverzeichnis

- Abel, Gunther 82–83
Alexy, Robert 89–91, 414, 415, 418
Anschütz, Gerhard 16, 196, 265, 267, 309,
324, 443
Aristoteles 143, 146
- Berkemann, Jörg 326
Bethge, Herbert 417, 418
Bettermann, Karl August 321
Boehmer, Gustav 35–40, 45, 53, 57, 63, 67,
169, 189, 192, 193, 474, 476
- Dennewitz, Bodo 59–62, 64, 65, 170, 475,
476
Denninger, Erhard 416
Dilthey, Wilhelm 152
- Eschenburg, Theodor 321
- Gellermann, Martin 432, 433
Gerber, Karl Friedrich Wilhelm von 8
Gierke, Otto von 123, 124
Giese, Friedrich 12, 13, 287
- Häberle, Peter 75–78, 81, 475
Hailbronner, Kay 281 f., 284, 285
Hamel, Walter 78–80
Hauriou, Maurice 97, 123–140, 156, 163,
165, 166, 170, 477, 478
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 124,
146
Hensel, Albrecht 286
Hesse, Konrad 326
Holstein, Günter 265, 268, 269
Huber, Ernst Rudolf 45–58, 59, 68, 170,
234, 269, 474, 476
- Jellinek, Georg 89
- Karner, Josef
(siehe auch Renner, Karl) 18
Kaufmann, Erich 70, 79, 141–154, 163, 164,
165, 166, 168, 169, 476, 477
- Kelsen, Hans 8
Kemper, Michael 245, 434
Kiefner, Hans 106
Klein, Friedrich 5, 63–65, 71, 82, 235, 286,
287, 292, 309, 324, 325, 376, 377
Koettgen, Arnold 278
Krebs, Walter 322
- Laband, Paul 8
Landé, Walter 287
Loewenstein, Karl 40–45, 47, 48, 67, 170,
397, 403, 474, 476
Lübbe-Wolff, Gertrude 315
- Mauersberger, Axel 377–379
Maunz, Theodor 325
Menzel, Eberhard 66, 81
Morlok, Martin 378
- Neumann, Franz 234
- Oppermann, Thomas 279
Ossenbühl, Fritz 415–418
- Platon 129, 146
Puchta, Georg Friedrich 119
- Radbruch, Gustav 371
Renner, Karl 18, 19, 20, 28, 33
Rückert, Joachim 101, 102, 108
Rüthers, Bernd 97, 103, 104, 118, 120, 135,
136, 137, 161
- Savingy, Friedrich Carl von 97, 98–109,
110, 118, 121, 135, 136, 137, 138, 139, 163,
165, 168, 169, 476
Scheuner, Ulrich 71–74, 376
Schmidt-Aßmann, Eberhard 321
Schmidt-Jortzig, Edzard 83–85
Schmitt Glaeser, Walter 325
Schmitt, Carl 5, 20, 21–33, 34, 39, 45, 47,
51, 52, 55, 57, 58, 60, 62, 63, 64, 65, 66, 67,
68, 71, 77, 81, 82, 84, 88, 97, 138, 139, 153,

- 155–167, 168, 170, 196, 235, 248, 265, 268,
287, 305, 309, 324, 330, 350, 351, 363, 364,
396, 397, 402, 408, 443, 473, 474, 475, 476,
478
Scholz, Rupert 85–89, 279
Schulze-Fielitz, Helmuth 322
Smend, Rudolf 17, 18, 35, 70, 72, 248, 265,
266, 267, 268, 278
Stahl, Friedrich Julius 97, 110–122, 135,
136, 137, 138, 139, 146, 163, 165, 168,
169, 476, 477
Stein, Lorenz von 123, 124
Stern, Klaus 308, 334, 365, 422
Stier-Somlo, Fritz 269
Stoll, Heinrich 226
Thoma, Richard 30, 287, 324
TriepeI, Heinrich 15, 16
Waldecker, Ludwig 16 f., 350
Wilhelm, Walter 107
Wolff, Martin 13, 14, 15, 16
Ziemske, Burkhard 316–319

Sachregister

- Amtshaftung 383–385
 - ausgestaltungsfähiges Prinzip 385, 386
 - Mindestgarantie 384 f., 386
- Anschauung, allgemeine 177, 200, 210, 437;
siehe auch Eigentumsbegriff, Familie,
Garantie der Ehe
- Anspruch auf den gesetzlichen Richter 359,
363, 365, 368 f.
- Anspruch auf rechtliches Gehör 359
- Arbeitsverhältnis
 - als Grundform der wirtschaftlichen Ord-
nung 52
- Asylrecht 312
 - als institutionelle Garantie 312
 - als subjektives Recht 312
 - und Verfahrensdimension 413, 415
- Aufgabe, öffentliche
 - als soziologische Kategorie 87
- Aufklärung 110
- Ausgestaltung; siehe auch Einrichtungs-
garantie, Grundrechte – Ausgestaltung
 - Abgrenzung zum Eingriff 432–435, 437,
442 f., 449
 - als Charakteristikum von Verfassungs-
normen institutionellen Charakters 43,
44 f., 68, 431, 474, 482
 - der Elternverantwortung 211, 213, 456
 - der Privatautonomie 229
 - der Rechtsweggarantie 320 f., 322
 - der Rundfunkfreiheit 262
 - der Staatsangehörigkeit 313, 314, 316,
319
 - der Tarifautonomie 243, 244, 245, 442,
465
 - der Wissenschaftsfreiheit 282
 - des Berufsbeamtentums 357, 360, 361
 - des Eigentums 179, 181, 182, 438
 - des Erbrechts 441
 - des Eherechts 202 f., 204, 205, 441, 452
 - des Körperschaftsstatus 307
 - freiheitseröffnende 432
 - und Unverletzlichkeit der Wohnung
326
- Aushöhlungsverbot 29, 31, 33, 391, 428
- Ausländerrecht 210, 453
- Ausländerwahlrecht 314
- Auslegung
 - funktionale 20, 73, 135, 179, 180, 182–
184, 340, 345, 347 f., 362, 394
 - geisteswissenschaftliche 18, 35 f., 38 f.
 - historische 31, 32, 33, 57, 337, 338, 345,
347 f., 429
 - historisch-systematische 105, 169, 474
 - konstruktive 82
 - politische 59, 61, 62
 - positivistische 41
 - teleologische 36, 39, 137, 166, 281, 394
 - teleologisch-systematische 67, 189
 - wertorientiert-teleologische 80, 81
 - verfassungskonforme 426
- Ausspernungsentscheidung 241, 242
- Ausstrahlungswirkung 426
- Autonomie 165, 362, 367, 409; siehe auch
Privatautonomie, Tarifautonomie
 - als Gestaltungsprinzip 452
 - als Recht zur Selbstregulierung 451
 - als Schutzzweck von Einrichtungs-
garantien 139, 407, 408, 409, 411
 - Begriff 407, 408
 - institutionelle 170, 171
 - Selbstbestimmung in eigenen Angelegen-
heiten 390
 - Unabhängigkeit 390
 - und Eigentum 458, 459
 - und Elternverantwortung 455, 456
 - und Erbrechtsgarantie 459
 - und Institution 139
 - und Koalitionsfreiheit 462, 463
 - und Rechtsinstitutsgarantie 425
 - und Selbstverwaltung, gemeindliche 407,
467
- Autonomiegewährleistung 408, 412, 435,
445
 - der Religionsgesellschaften 304; siehe
auch Selbstbestimmungsrecht
 - Eigengesetzlichkeit 436

- Fähigkeit zur Selbstregulierung 436, 437, 449
- objektive Seite 436
- subjektive Seite 436
- institutionelle; siehe institutionelle Autonomiegewährleistung
- Baurecht, öffentliches 438
- Befugnisse, hoheitliche
 - funktionale Interpretation 353
- Begriffsjurisprudenz 31, 107
- Begriffslogik 107, 151
- Berufsausübungsverbot für Zeitungsredakteure 250
- Berufsbeamtentum 16 f., 138, 317, 349–362, 443, 466, 484
 - als Gegenstand einer „institutionellen Garantie“ 25, 28, 43, 54, 56, 57, 60, 61, 73, 83, 349, 352, 359, 362
 - Strukturvergleich mit der Garantie kommunaler Selbstverwaltung 360–362
 - und subjektivrechtlicher Gehalt 350, 351, 352, 355–360, 362
 - als Institution 16, 17, 354
 - Ausgestaltung 357, 360, 361
 - Freiheit politischer Gesinnung 350, 351
 - Fürsorgepflicht 358
 - Funktion 355, 357, 360
 - Funktionsfähigkeit 351, 358
 - Funktionsvorbehalt 352, 353–354
 - Maßstab der Funktionalität 354
 - Maßstab der Sachgerechtigkeit 354
 - Regel-Ausnahme-Verhältnis 353
 - Gehaltskürzungen 351, 352
 - hergebrachte Grundsätze 354–355, 356, 357
 - und subjektives Recht auf Beachtung 357, 358, 360
 - Rechtsstatus, funktionaler 362
 - Rechtsstellungsgarantie 361
 - Regelungsvorrang 358
 - Regelauftrag 352, 354–360
 - subjektivrechtlicher Gehalt 355–360
 - objektivrechtlicher Gehalt 354–355
 - Privilegierung 351
 - Sonderrechtsverhältnis 361
 - und Konstitutionalisierung 349
 - Vereinigungsfreiheit 350
 - Weimarer Reichsverfassung 349, 350–352, 354
 - wohlverworbene Rechte 351, 355, 356
- Berufsfreiheit 317
- Bestands- und Entwicklungsgarantie
 - für öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten 260, 261
 - und institutionelle Garantie 261
- Bestimmung 114, 116, 117, 120, 121; siehe auch Telos
- Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule 288, 289
- Bundesbank 388–390
 - Unabhängigkeit 389
 - Verfassungsauftrag und Bestandsgarantie 388
- Bundesverfassungsgericht
 - als letztentscheidende Instanz 174, 396, 397
- Bundeswehr 387–388
 - Exekutivkompetenz 387
 - Verfassungsgrundsatz 388
- Bürger-Bürger-Verhältnis 418, 419, 424
- Bürgerschaftsentscheidung 228, 229
- Chancengleichheit
 - und Privatschulsubventionierung 295, 296
- Conterganentscheidung 184 f.
- Demokratiebegriff
 - bei E.R. Huber 47
- Dezentralisierung 329
- Dezisionismus 155, 156, 157
- Ehe; siehe auch Garantie der Ehe
 - als Gegenstand einer Rechtsinstitutsgarantie 26, 27, 28, 32, 37, 43, 73, 82, 195, 196, 198, 199, 204, 451 f., 472, 484
 - als Grundlage der Familie 195, 453
 - als Institut der bürgerlichen Ordnung 53, 60
 - als natürliche Ordnung 158
 - als Personenrechtsverhältnis 195, 454
 - als Rechtsform 451
 - als Rechtsinstitut 12, 13, 16, 196
 - als Schutzgut einer Institutsgarantie 317
 - als Vertrag 158
 - Ausgestaltungsbedürftigkeit 202 f., 451
 - Begriff 196, 452
 - Rechtsformgarantie 410
 - und Schutzpflicht 421
 - Verhältnis zur Familie 195, 198, 206, 457
 - Weimarer Reichsverfassung 195, 196, 222
- Ehebeendigung 441
- Eheführungsfreiheit 452

- Eherecht 452
- Eheschließungsfreiheit 452
 - als Ausprägung der Handlungsfreiheit 202
 - Verhältnis zur Rechtsinstitutsgarantie 201–205
 - als Strukturprinzip der Rechtsinstitutsgarantie 203
 - und Grundsatz der Unauflöslichkeit 205
- Eheschließungsverbote 202–204, 441
- Ehevertrag 451
- Eigentum
 - als Rechtsinstitut 12, 13, 14, 15, 16, 19, 176, 177 f., 179, 391, 458
 - als normkonstituiertes Schutzgut 458
 - und Autonomie 458, 459
 - und Sozialstaatsprinzip 179, 458
- Eigentumsbegriff
 - Ablösung vom bürgerlich-rechtlichen 176, 194
 - bürgerlich-rechtlicher 177, 178, 181, 193, 440
 - Entformalisierung 176, 194
 - Funktionalisierung 176, 178, 188, 194
 - und gesellschaftliche Anschauung 177, 178
 - verfassungsrechtlicher 177, 178, 181, 193, 458
- Eigentumsgarantie 175–188, 433
 - Allgemeinwohlbindung 182, 185
 - als Anerkennung des Privateigentums 176
 - als Bestandsgarantie 176, 181, 183, 186, 440, 458
 - als Gewährleistung einer privaten Vermögensordnung 52
 - als Institutsgarantie 176, 179, 180, 183, 184, 185, 186, 317
 - als Präferenzentscheidung für Ordnung vermögenswerter Rechte 183, 185, 193, 391, 439
 - als Mittel der Freiheitssicherung 184
 - relativer Kern bzw. Maßstab 185, 186
 - dienende Funktion 180 f., 185
 - als Rechtsinstitutsgarantie 23, 26, 27, 28, 32, 37, 38, 43, 60, 73, 83, 176, 177, 178, 458, 459, 472, 484
 - Ausgestaltung 179, 181, 182, 438
 - Denaturierungsverbot 177
 - Eingriff 438
 - funktionale Auslegung 179, 180
 - personale Funktion 182, 184
 - soziale Funktion 182, 183, 184
 - Inhalts- und Schrankenbestimmung 439
 - Privatnützigkeit und Verfügungsbefugnis 180, 181, 183, 184, 185, 186, 458
 - Sachgerechtigkeit 183
 - und Natur der Sache 183
 - Sozialpflichtigkeit 184, 185
 - und Persönlichkeitsentfaltung 180, 183, 184, 188
 - und subjektives Recht 175, 177, 179
 - und Wertentscheidungen des GG 179, 180
 - Verbot der Sachwidrigkeit 182
 - Verhältnismäßigkeitsgrundsatz 182, 183, 184, 185, 186, 188, 194, 438
- Eigentumsordnung
 - als freiheitlich geordneter Lebensbereich 75
- Eigenverantwortung 422
- Eingriff
 - Abgrenzung zur Ausgestaltung 432–435, 437, 442 f., 449
- Einrichtungsgarantie
 - Abschaffungsschutz 428
 - Angewiesenheit auf Normsetzung 397, 398, 406, 459, 461, 462, 476
 - Aushöhlungsschutz 29, 31, 33, 391, 428
 - als Autonomiegewährleistung 139, 407, 408, 409, 411, 412, 437, 449, 481, 482 f.
 - als Oberbegriff 405 f.
 - funktionale Gemeinsamkeiten 406 f.
 - strukturelle Gemeinsamkeiten 406
 - als systematische Kategorie 24, 82, 83, 475
 - als durchbrechungsimmune Verfassungsnormen 45, 68
 - als verfassungsrechtliches Paradigma des demokratischen Volksstaats 58
 - als Vorläufer institutioneller Grundrechtstheorie 58
 - Entwicklungsoffenheit 429
 - Einrichtungsinnenverhältnis 442, 483
 - Einrichtungsaußenverhältnis 443, 483
 - Gewährleistungsgehalt 428–442
 - abwehrrechtliche Konstruktion 430–432
 - Ausgestaltungsverpflichtung 432–434, 437
 - im nationalsozialistischen Staat 65–67
 - Kernbereichsschutz 428, 429, 431, 432–435, 437
 - Komplementarität 443
 - Konnexität 443

- Kontinuitätssicherung 39, 63, 67, 161, 171, 431, 474, 478
- Randbereichsschutz 430
- Stabilitätsfunktion 83 f., 396, 399, 404
- subjektivrechtlicher Gehalt 443–449
 - Grundrechtsnähe 444
 - Effektivität 444
- und Wesensgehaltsgarantie 400–402
- zweidimensionale Struktur 437, 449, 483
- Elternverantwortung
 - Abgrenzung von Ausgestaltung und Eingriff 214–220
 - als Individualrecht 220, 221
 - als Institutsgarantie 211
 - als Personenrechtsverhältnis 195, 454, 455, 456
 - als Pflichtrecht 212, 456
 - Ausgestaltung 211 ff., 456
 - Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Eltern und Kind 215, 216, 217
 - Aufteilung der Kompetenzen zwischen den Eltern 217, 218, 220
 - Autonomie 455, 456
 - dienender Charakter 214
 - doppelter Gewährleistungsgehalt 456
 - im Dienst der Freiheitsentfaltung 456
 - Leitbild 211, 221
 - Missbrauch 216, 217, 455
 - Selbstbestimmung 455
 - Subsidiarität 211
 - und freie Entfaltung der Persönlichkeit des Kindes 213, 456
 - und Kindeswohl 214, 215, 216, 217, 219, 220
 - und Rechtsinstitutsgarantie 16, 37, 454–457, 472, 484
 - und subjektive Rechte 198
 - und Wächteramt des Staates 216, 217, 218–220, 455
 - Weimarer Reichsverfassung 196, 197, 222
- Erbfolge, gesetzliche 441
- Erbordnung
 - als freiheitlich geordneter Lebensbereich 75
- Erbrecht
 - als Rechtsinstitut 12, 13, 14, 16, 189, 194, 391, 459
 - bürgerlich-rechtliches 188 f.
- Erbrechtsgarantie
 - Ausgestaltung 441
 - Eingriff 441
 - als Rechtsinstitutsgarantie 27, 28, 32, 37 f., 43, 53, 60, 83, 188, 189, 190, 193, 394, 459, 472, 484
 - Funktion 190
 - Sachgerechtigkeit 191, 192, 193
 - und Autonomie 459
 - und Eigentumsgarantie 190, 459
 - und Kompetenzen 459
 - und subjektive Rechte 192, 194
 - Verhältnismäßigkeit 191, 192, 193
- Ergänzungsschule, private 288
- Ersatzschule, private 286, 287, 293, 421
 - und Berechtigungswesen 293 f.
 - und Subventionierung 294–302
 - Wahrnehmung öffentlicher Bildungsaufgaben 295
- Erscheinung der Dinge 142, 143
 - und ihr Wesen 142, 143
- Ethos
 - objektives 113, 114
 - subjektives 113
- Europäisches System der Zentralbanken 389
- Ewigkeitsgarantie 397
- Fakultäten, theologische
 - als Gegenstand einer institutionellen Garantie 25, 27, 61, 64
- Familie
 - Abwehrrechte 458
 - allgemeine Anschauung 210
 - als Gegenstand einer institutionellen Garantie 26
 - als Gegenstand einer Rechtsinstitutsgarantie 73, 82
 - als Gemeinschaft von Eltern und Kindern 208
 - als Haus- und Begegnungsgemeinschaft 208
 - als Institut der bürgerlichen Ordnung 53, 58
 - als Lebens- und Erziehungsgemeinschaft 208
 - als Lebensordnung 207
 - als Personenbeziehung 195
 - als soziale Institution 457, 458
 - als soziale Organisationsform 457
 - Begriff 208, 457
 - Benachteiligungsverbot 207
 - Förderungsgebot 207
 - Gleichberechtigung der Geschlechter 209
 - Leitbild 208 f., 210

- mittelbare Beeinträchtigung 210
- Normenkomplex 208
- Privatsphäre 207
- staatliche Förderung 458
- Subsidiaritätsprinzip 209
- und Ehe; siehe Ehe – Verhältnis zur Familie 457
- und freie Entfaltung der Persönlichkeit 457
- und Schutzpflicht 421
- Verhältnis zu Ehe und Elternverantwortung 206 f., 207, 208, 217, 457
- Weimarer Reichsverfassung 195, 196
- Familiengründungsfreiheit 457
- Fischereirechtsentscheidung 186
- Förderungspflicht 76, 77, 421
- Freiheit
 - als Selbstbestimmung 74, 75, 76, 77, 80
 - als Spontaneität 431
 - als Verantwortung 79
 - natürliche 397, 408
 - negative 317
 - normativ konstituierte 432
 - und Notwendigkeit 112, 121
 - und Selbstbeschränkung 227
- Fremdbestimmung 230
- Frühkonstitutionalismus 7
- Garantenstellung des Staates
 - als Grundlage für eine staatliche Schutzpflicht 423, 424
- Garantie der Ehe
 - Abwehrrecht 199, 200, 201, 202
 - allgemeines Rechtsbewusstsein 200, 203
 - Ausgestaltung 200, 203, 204, 205, 206, 441, 451
 - Benachteiligungsverbot 200, 201, 206
 - Förderungsgebot 201, 206
 - Funktion 198, 200, 201
 - Gewährleistung als Lebensordnung 199, 201
 - Gewährleistung eines Normenkerns 199, 200
 - Gleichberechtigungsgebot 201
 - Grundsatz der Unauflöslichkeit 205
 - objektivrechtlicher Schutz 197, 200
 - Rechtsinstitutsgarantie 26, 27, 28, 32, 37, 43, 73, 82, 195, 196, 198, 199, 204, 451 f., 472, 484
 - Verhältnis zur Eheschließungsfreiheit 201, 202, 203, 205, 206
 - als Konnexinstitut zur Eheschließungsfreiheit 205, 206
- Schädigungsverbot 200
- Schutz der Ehe 205
- Schutz der Privatsphäre 199, 202
- und Weimarer Reichsverfassung 195, 196
- wertentscheidende Grundsatznorm 199, 200
- Wertentscheidungen des Grundgesetzes 201
- Ge- und Verbotsnormen
 - als Schrankenziehung 90
- Gemeindeverband 138
 - als Gegenstand einer institutionellen Garantie 26; siehe auch Selbstverwaltung, gemeindliche
- Gemeinexistenz des Menschen 112, 113, 121
- Gemeinschaft, nationale 134
- Genossenschaftsgedanke 124
 - und gemeindliche Selbstverwaltung 329
- Gerechtigkeit
 - kompensatorische Gerechtigkeit 143, 150
 - strafende Gerechtigkeit 144, 150
 - und Rechtsschutz 320
 - Verfahrensgerechtigkeit 143
 - Verfassungsgerechtigkeit 144
 - Verkehrsgerechtigkeit 143, 150
 - verteilende Gerechtigkeit 144, 150
- Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit 159
- Gesetzesbegriff 7, 8, 9
- Gesetzesvorbehalt 402
- Gesetzgebung
 - und Verhältnis zur Rechtsprechung 147, 150 f.
 - und überpositives Recht 150, 151
- Gestaltungsermächtigung
 - des Gesetzgebers 174, 181, 182
- Gewährleistung von Lebenssachverhalten 87
- Gewaltenteilungsgrundsatz 12, 366
- Gewaltmonopol 408, 423, 460
- Gewerbefreiheit
 - als Grundlage der Ordnung des Wirtschaftslebens 52
- Gewissen
 - als Mittel der Rechtserkenntnis 147
- Gewohnheitsrecht 132
- Glaubensfreiheit
 - als Grundlage weltanschaulicher Offenheit 73
- Gläubigerschutz 441, 452

- Gleichberechtigung der Geschlechter 209
- und Ehe 201
- Gleichheitssatz 453
- Grundgesetz
 - materiell-wertsetzender Charakter 397, 404, 430, 482
- Grundrecht(e)
 - als freiheitliche Ordnung eines Lebensbereichs 75
 - als Freiheitsrechte 48, 53, 58, 59, 68, 71
 - als Grundformen der öffentlichen Ordnung 46
 - als Grundlage jeder Gemeinschaft 78 f.
 - als Handlungsnorm 399
 - als individuelle Freiheitsrechte 148
 - als „Institute der Verfassung“ 78 f.
 - als Kontrollnorm 399
 - als objektive Werte des Gemeinschaftslebens 148
 - als objektive Werteordnung 71, 73, 74, 75, 79, 91
 - als Ordnungsprinzip 53, 68
 - Ausgestaltung 32, 75, 77, 81, 89, 90, 91, 92, 474
 - gemäß verfassungsrechtlichem Leitbild 76
 - Angemessenheit 433, 434
 - Beschränkung 32, 49, 58, 59, 75, 76, 77, 81
 - Eingriff 76, 77, 81
 - Förderpflicht 412
 - Inhalt und Schranken 79
 - Leerlaufen gegenüber dem Gesetzgeber 10, 21, 29, 30, 42, 402
 - Leistungsfunktion 91
 - normativ konstituiertes 432
 - objektivrechtliche Gehalte 2, 50, 70, 71, 73, 74, 86, 92, 412
 - organisationsgeprägte 447–449
 - reichsgesetzeskräftige 30
 - reichsverfassungskräftige 30
 - Schrankenziehung 89, 90, 92
 - Schutzbereich 49, 58, 77, 81
 - Schutzpflicht 74, 91, 412, 421–424
 - soziale Funktion 75
 - subjektive Rechte 50, 71, 73, 75, 76, 91
 - und Gesetzgeber 76, 77, 78
 - Verfahrens- und Organisationsdimension 91 f., 412–419, 447–449
 - verfahrensabhängige 415, 417, 418
 - verfahrensbetroffene 416
 - verfahrensgeprägte 416, 417, 418, 419
 - Verfahrensvorbehalt 416
 - Vorstaatlichkeit 7, 22, 50, 51, 84
- Grundrechtsähnliche Rechte 356, 359 f., 398 f.
- Grundrechtsausübung 86–88
- als freiheitsrealisierende Beziehung
 - Bürger – Bürger 86
- als soziale Wirklichkeit der Inanspruchnahme von Grundrechten 86
- Grundrechtsbegriff
 - Bedeutungswandel 46 ff.
 - bürgerlich-liberaler 1, 22, 23, 29, 33, 39, 46, f., 48 f., 57
 - des demokratischen Volksstaats 46 f., 48 f.
 - formaler 401, 410
 - individualistischer 254, 256, 404, 408
 - positivistischer 30
- Grundrechtsbetätigung
 - kollektive 404, 482
- Grundrechtsgewährleistung 86–88
- als freiheitsgarantierende Beziehung
 - Bürger – Staat 86
- als subjektives Freiheitsrecht 86
- Grundrechtstheorie
 - Carl Schmitt 351, 396, 408, 473
 - geisteswissenschaftliche 34, 35 f., 70, 72
 - liberale 22 f., 34, 35 f., 46, 48, 49, 63, 70, 74, 77, 80 f., 85, 86, 95
 - institutionelle 58, 68, 71, 75–78 (Häberle), 82, 85, 89, 96, 475
 - und institutionelles Rechtsdenken 96
 - des demokratischen Volksstaats (E.R. Huber) 45 ff.
- Grundrechtsträgerschaft
 - von Korporationen 305
 - von organisierten Personenmehrheiten 88, 403, 404
- Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung 30, 49, 50, 51
- Grundsatznorm
 - wertentscheidende 84
- Grundversorgung 260, 261
- Gruppenuniversität 272, 275
- Hakenkreuzbanner
 - als Gegenstand einer institutionellen Garantie 66
- Halbteilungsgrundsatz 187 f.
- Handelsflotte
 - objektivrechtlicher Infrastrukturauftrag 387
 - staatliche Einstandspflicht 386

- Verfassungsauftrag 387
- Handelsvertreterentscheidung 228
- Herrschaft, repräsentative 129
- Historische Rechtsschule 100, 110, 115, 123, 124, 125, 132, 133, 141, 142, 146, 164, 168, 169, 170, 201, 396, 429
- und institutionelles Rechtsdenken 168, 170
- und Lehre von den Einrichtungsgarantien 109, 121 f., 168–170, 476 f., 478
- Rechtentstehungslehre 100, 107, 108, 115 f.
- Hochschulurteil 272
- Idealismus
 - bei Hauriou 129, 137
 - bei Kaufmann, E. 142 f.
 - bei von Savigny 101 f., 108, 137
 - objektiver 142, 163, 429
 - subjektiver 142
- Idee der Gerechtigkeit 164
 - als Bezugspunkt teleologischer Auslegung 165, 166
- Idee, objektive 128, 129
 - und subjektives Bewusstsein 133
 - und Gewohnheit 133
- Institut(ion) Freie Presse 249
- Institute
 - als Seinsgesetze des objektiven Geistes 143, 144, 147, 150
 - als überzeitliche objektive Ordnungen 144, 145, 150
- Institution(en)
 - als durch rechtliche Regelung auf Dauer Eingerichtetes 238, 246
 - als freiheitliches Instrument der sozialen Organisation 129
 - als Instrument der Rechtsanpassung 135
 - als objektiv verbindliche Rechtsnorm 127, 131 f., 139
 - als Seinsgesetze des objektiven Geistes 143, 144, 147
 - Begriff 20, 53, 84, 136
 - im Zusammenhang mit der Wissenschaftsfreiheit 283
 - im Zusammenhang mit der Presse 252, 255
 - in Bezug auf die staatliche Schulaufsicht 286 f.
 - in Bezug auf den Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach 287, 290, 291
 - nach Hauriou 128
 - rechtssoziologischer 138
 - Verwendung unter dem Grundgesetz 392 f., 480
 - Entstehen und Bestand als sozialer Verband 124, 127, 128–131, 133, 139
 - juristische
 - und Rechtsinstitutsbegriff 136
 - soziale 170
 - Staatsunabhängigkeit 139
 - und Autonomie 139
 - und Leitidee 128, 129, 130, 131, 133
 - Verhältnis Sein und Sollen 135
- institutionelle Autonomiegewährleistung 411, 420, 425, 427, 446, 449–469, 472, 483, 484
 - als Organisationsformgarantie 420, 425, 427, 450, 466, 483
 - autonome Aufgabenwahrnehmung 411, 450, 483
 - Privatschulwesen 468–470
 - Selbstverwaltung, gemeindliche 466–468
 - subjektivrechtlicher Gehalt 446–447, 449
- Institutionelle Garantie; siehe auch institutionelle Autonomiegewährleistung
 - als dienende Komplementärgewährleistung 88
 - als Garantie einer Organisationsform 16 f., 20, 27, 53, 60, 480 f.
 - als kompetenzrechtliche Institutionsgarantie 88
 - als organisationsrechtliche Institutionsgarantie 88
 - als systematischer Oberbegriff 318
 - als verfassungsdogmatische Begriffsbildung 173
 - Begriff 24 f., 27 (Schmitt), 53–55, 58 (Huber); 60 (Dennewitz), 63 (F. Klein), 65 (nationalsozialistische Rechtslehre), 66 (Menzel), 72 (Scheuner), 392 f., 394, 478, 479, 482 (Verwendung unter dem GG)
 - der gemeindlichen Selbstverwaltung 330–348, siehe auch Selbstverwaltung, gemeindliche
 - Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe 411
 - korporative 53 f., 58
 - objektivrechtlicher Gehalt 29, 56 f.,
 - öffentliches Recht 409
 - organisatorische 53 f., 58
 - Schutzgegenstand 25 ff., 33 (Schmitt); 43 f. (Loewenstein), 54 f. (Huber); 60 f. (Dennewitz), 64 (F. Klein), 83 (Abel), 85 (Schmidt-Jortzig)

- Schutzgehalt 29 ff., 33 (Schmitt); 42 f. (Loewenstein), 55- 57 (Huber); 61f. (Dennewitz), 63 (Klein)
- subjektivrechtlicher Gehalt 29, 56 f.
- und Normenkomplexe 90, 406
- Verbindung von Institution und Funktion 370
- Vieldeutigkeit 25, 33, 62, 67, 71, 81, 287, 312, 318, 323, 325, 369, 411, 474
- Vorläufer 16-18
- zwischen Grundrechtsgewährleistung und Grundrechtsausübung 87
- Institutionelles Recht 133, 134, 137, 139
- als einer Leitidee dienendes Recht 137
- und Methode der Rechtsanwendung 135
- institutionelles Rechtsdenken 1, 2, 3, 118, 125, 141, 156, 157, 164
- als Suchkriterium 96 f., 123
- als systematisierender Begriff 96
- in der Tradition der historischen Rechtsschule 164, 170
- und Methode der Auslegung 165 f.
- und Wertorientierung 163, 165, 166
- Institutionelles Wesensnaturrecht 145, 153, 154
- und Lehre von den Einrichtungsgarantien 153 f.
- Institutionenlehre
- des Maurice Hauriou 156, 170
- als Theorie der Rechtsentstehung 170
- und Lehre von den Einrichtungsgarantien 138-140, 477 f.
- institutions juridiques 127, 132
- als Formalisierung subjektiver Rechtsausübung 132, 133, 139
- Bildung durch Gewohnheit 132
- institutions-choses 127, 133
- institutions-personnes 127
- Institutsbegriff
- normativer 103
- überpositiver 103, 104
- und christliche Weltanschauung 103 f.
- Institutsgarantie
- als Verbot der Beseitigung privatrechtlicher Kompetenzen 90
- als Verbot der Beseitigung privatrechtlicher Normenkomplexe 89
- Begriffsverwendung unter dem GG 391 f., 394, 478, 479 f., 482
- im Dienst der freiheitlichen Grundrechtsausübung 87
- Instrumentalisierung des Rechts 163 f.
- Interpretation; siehe Auslegung
- Jurisdiktionsmonopol 460
- Juristische Person 130 f., 403
- Kernbereich
- und Wesensgehaltsgarantie 319, 400-402
- Kernbereichsbestimmung von Einrichtungsgarantien 38 f., 428-430
- absoluter Schutz 430
- Akzidentalia 429
- Essentialia 429
- Logik der Doppelung 429
- Tradition 31, 63, 56, 429
- Typik 56, 429
- Kindererziehung
- als Ehezweck 195, 198, 453
- Kindeswohl
- als Bestandteil der Elternverantwortung 213-217
- und Wächteramt des Staates 215, 218 f., 220
- Kirchengutgarantie
- als institutionelle Garantie 85
- Kleingartenentscheidung 187
- Koalitionsfreiheit 232, 233-246, 434
- als Doppelgrundrecht 236
- als Garantie freiheitlich organisierter Aufgabenwahrnehmung 239
- als Garantie sozialer Selbstverwaltung 239
- als Grundform der Wirtschaftsordnung 53,
- als institutionelle Garantie 235, 239, 246
- als korporative Garantie 234, 235
- als staatsbezogene Garantie 234
- freiheit(srecht)liche Interpretation 241, 242, 244
- funktionale Interpretation 233, 235, 238, 240, 246
- Grundlage für freiheitlich geordneten Lebensbereich 75
- in der Weimarer Reichsverfassung 233-235
- individuelle 233, 234, 461
- institutionelle Interpretation 236-240, 246
- kollektive 233, 236, 461, 463
- Schutz der Betätigung 234, 236
- Schutz der Existenz 234, 236
- und Autonomie 462, 463
- und Kernbereichsschutz 237, 238, 240
- und Privatautonomie 239

- und Vereinigungszweck 238, 239, 241, 244, 246
- und Zweckbindung 236, 237, 238 f.
- Koalitionswesen
- als Gegenstand einer institutionellen Garantie 85
- Kommunalverfassungsbeschwerde 445
- Kommunalverfassungsrecht 442
- Kommunalwahlen 333
- Kompetenz 362
 - als rechtliches Können 89
 - als Zuständigkeit 89
 - formelle 414
 - freiheitseröffnende 457
 - materielle 414
 - privatrechtliche 414, 418
 - und Organisation und Verfahren 414
- Kompetenznormen
 - als Ausgestaltung 90
 - als Schaffung von Handlungsalternativen 90
- Komplementärgarantie 20, 28
- Konkordanz, praktische 229
- Konkretes Ordnungs- und Gestaltungsdenken 155–167
 - und Dezisionismus 161, 164, 165
 - und institutionelles Rechtsdenken 155, 161–166, 170, 478
 - und Instrumentalisierung des Rechts 166, 167
 - und konkretes Ordnungsdenken 159
 - und Lehre von den Einrichtungsgarantien 156, 166 f., 170, 478
 - und Nationalsozialismus 160
 - und Normalität als Rechtsquelle 158
- Konkretes Ordnungsdenken 159, 160, 165
- Konnexinstitut; Konnexgarantie 20, 28, siehe auch Garantie der Ehe; Tarifaufonomie
- Konservatismus
 - weltanschaulicher 162, 163
- Kontinuität 396
- Koordination von Grundrechtspositionen 229
- Körperschaft des öffentlichen Rechts
 - als Gegenstand einer institutionellen Garantie 47, 54
- Körperschaftsstatus, der Religionsgesellschaften 304, 305, 306–308
 - als Mittel staatlicher Anerkennung und Förderung 307
 - als Privileg 307, 311
 - Ausgestaltung 307
- Korporative Garantie 139
- Kreisumlage 337
- Kriegsdienstverweigerung
 - und Verfahrensdimension 413, 415
 - Verfahrensvorbehalt 416
- Kritische Bayer-Aktionäre 252
- Lebenspartnerschaft, gleichgeschlechtliche 453
- Lehramt, universitäres
 - als Institution 18, 265, 266
 - als Gegenstand einer institutionellen Garantie 25, 27; siehe auch Wissenschaftsfreiheit
- Lehre von den Einrichtungsgarantien
 - und historische Rechtsschule; siehe Historische Rechtsschule
 - und institutionelles Rechtsdenken 1, 96, 155, 168–171
 - und konkretes Ordnungs- und Gestaltungsdenken 166 f.
 - und Theorie der Institution 138–140
 - Vorverständnis 9, 97, 395–398, 404
- Lehrfreiheit 54, 64, 287
 - und Lehrauftrag 267
 - Verfassungstreue 270
 - Vergleich mit der Meinungsfreiheit 267
- Leitbild 433, 437
 - der Ehe 204, 222
 - der Elternverantwortung 211
 - der Familie 208, 209, 210, 222
 - des freien Wissenschaftlers 448
 - der Parteien 374, 375, 376, 381, 382
 - Staatsangehörigkeit 317
 - verfassungsrechtliches 76
 - Verfehlung 433, 434
 - Verwirklichung 433, 434
- Leitidee
 - als Bezugspunkt teleologischer Auslegung 165
 - und Kern der Institutionsgewährleistung 139
 - und Institution 134, 136, 138
- Logik, juristische 72
- Lüth-Entscheidung 253, 254
- Maßstab des Gerechten 110
- Mehrparteiensystem; siehe Parteien
- Mehrstaatigkeit; siehe Staatsangehörigkeit
- Meinungsbildung
 - öffentliche 248
- Meinungsfreiheit 23, 28, 247
 - kollektive 248

- Vergleich mit Lehrfreiheit 267
- Menschenwürde 79, 397, 421
- Methode der Rechtsanwendung;
 - siehe auch Auslegung
 - begriffslogische 119
 - funktionalistische 164, 171
 - geisteswissenschaftliche 151 f.
 - subjektiv-voluntaristische 164, 165
 - teleologische 164, 165, 166
- Methode
 - und Vorverständnis 2, 3, 395 f., 428
- Minderheiten, nationale
 - als Gegenstand einer institutionellen Garantie 26, 43, 55
- Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda 248
- Missbrauchsabwehr
 - als Schranke der Tarifautonomie 244
- Mitbestimmungsentscheidung 184, 241
- Mittelstandsschutz
 - als institutionelle Garantie 55
- Monopolstellung des Staates 448

- Nassauskiesungsentscheidung 176, 181 f., 186
- Natur der Sache 145, 163, 165
 - als Bezugspunkt teleologischer Auslegung 165
 - und Eigentumsgarantie 183
- Naturrecht 3, 23, 32, 49
 - rationalistisches 1, 109, 110, 145, 168, 170
 - institutionelles 145
 - und Gesetzesbegriff 7, 32
 - und Menschenrechte 7
- Neukantianismus 142
- Neutralität, staatliche 304 f.
- Nichtehelichkeit
 - als wächteramtsauslösender Konfliktfall 219
- Normativismus 155, 156, 157
- Normenbestandsschutz 92, 432
- Normenkomplex 136, 139
 - als Bündel von Kompetenznormen 90
 - als Schutzgegenstand von Einrichtungsgarantien 85, 86, 89, 405, 409, 482
 - des Eherechts 453
 - Rechtsbeziehungen zwischen Privatpersonen 407
 - Rezeption in die Verfassung 13, 75
 - und Erbrechtsgarantie 193
 - und Koalitionsfreiheit 235
 - und Privatautonomie 231
 - und Recht auf den gesetzlichen Richter 369
 - und Rechtsinstitut; siehe Rechtsinstitut
 - und Sachgesetzlichkeit eine Lebensbereichs 459
 - und Tarifautonomie 235, 245
 - und Staatsangehörigkeitsrecht 313, 318
 - und Unverletzlichkeit der Wohnung 326
- Normsetzungsprärogative
 - der Koalitionen 240
- Notwendigkeit
 - und Freiheit 112, 121
 - und Telos 114
- NSDAP
 - als Gegenstand einer institutionellen Garantie 66

- Objektive Vernunft 164
- Objektiver Idealismus; siehe Idealismus, objektiver
- Objektivismus
 - als rechtstheoretische Position 126
- Öffentliche Aufgabe
 - des Koalitionswesens 238, 239
 - der Parteien 373, 375
 - des Rundfunks 259
- Öffentlichkeitsfunktion
 - grundrechtsbezogene 88, 89
 - soziale 87
 - staatsbezogen-politische 87, 88, 89
- Ordinarienuniversität 272
- Ordnung
 - freiheitliche 74, 75
 - objektive 80
 - wertsetzende 70, 74
- Organisation
 - Angewiesenheit auf Normsetzung 415
 - Begriff 412 f., 414, 415
 - und institutionelle Garantie 413
 - und Kompetenzen 414
- Organisationsformgarantie; siehe institutionelle Autonomiegewährleistung; institutionelle Garantie

- Pantheismus 111
- Parlamentarischer Rat 352
- Parlamentarismusfeindlichkeit 11
- Parteien, politische
 - als Faktoren des Verfassungslebens 373
 - als Gegenstand einer institutionellen Garantie 85, 377–382
 - als verfassungsrechtliche Institution 372–375

- Begriff 375, 379
- Bestands- und Schutzgarantie 374, 376
- Chancengleichheit 374, 375, 379
- demokratischer Legitimationszusammenhang 380, 382
- Funktion 381, 382
- Gründungsfreiheit 372, 374, 378, 379, 380
- innere Demokratie 372
- Institution im soziologischen Sinne 381
- korporative Garantie des status activus 381
- Leitbild 374, 375, 376, 381, 382
- Mehrparteiensystem 373, 377, 380
- Mittlerrolle 373, 375
- Mitwirkung an der politischen Willensbildung 372, 373, 374, 380
- öffentliche Aufgabe 373, 375
- Rechenschaftslegung 372
- und Weimarer Reichsverfassung 371 f.
- Verbot 372
- Parteienfinanzierung 373, 374, 375, 378, 380, 382
- Parteienprivileg 374, 378
- Parteienstaat 372
- Persönlichkeit
 - Begriff bei F.J. Stahl 111, 121
- Persönlichkeitsentfaltung
 - durch Eigentum 180, 183, 184, 188
- Pluralismus 138, 139, 403 f., 408
- Positivismus 6 ff., 8, 9, 11, 14, 18 f., 20, 34 ff., 123, 125, 141, 142, 157, 473
 - und Gesetzesbegriff 8, 10, 14
- Pouvoir municipal 329, 330
- Praktische Konkordanz 459
- Presse
 - als Funktionszusammenhang 256, 264
 - als Gegenstand einer institutionellen Garantie 72, 85
 - als soziale Institution 251, 252, 255
 - Funktion 251, 252
 - institutionelle Eigenständigkeit 249, 250, 251
 - massenkommunikative Bedeutung 249
- Pressefreiheit
 - abwehrrechtliche Funktion 255, 264
 - als Auslegungsgrundsatz 253
 - als Freiheit der Meinungsäußerung durch Druck 247
 - als konnexe Sicherung der Meinungsfreiheit 28, 248
 - als Wertmaßstab 252 f.
 - Drittwirkung 247
 - in der Weimarer Reichsverfassung 247, 248
 - objektivrechtliche Funktion 252 f., 254, 255, 264
 - Schutzbereich 250–252
 - funktionale Bestimmung 251, 255
 - Schutz der institutionellen Eigenständigkeit der Presse 251, 252, 254
 - und Verhältnis zur Berufsfreiheit 250
 - und Verhältnis zur Meinungsfreiheit 249, 250, 252
 - Prinzip der Legitimität 116, 120, 121, 168
 - Privatautonomie
 - als Prinzip 228, 230, 231, 460
 - als Selbstbestimmung im Rechtsleben 407, 460
 - Angewiesenheit auf einfaches Recht 228 f., 231, 459
 - Ausgestaltung 229
 - und Koalitionsfreiheit 239
 - und Verfahren 414
 - und Vertragsfreiheit 225, 226, 230, 231
 - Privaterbfolge 189, 190, 191, 192, 459; siehe auch Erbrecht
 - Privatnützigkeit 180, 181, 183, 186, 187, 458
 - Privatrechtsordnung
 - als Kompetenzordnung 149
 - als Ordnung des Gemeinschaftslebens 149
 - Privatschulsubventionierung 294–302, 379, 469, 447, 470
 - Privatschulwesen 286, 292–294, 410, 446, 466, 472, 484; siehe auch Ersatzschule, private
 - Abhängigkeit von staatlicher Schulorganisation 447
 - Eigengesetzlichkeit 446
 - Gründungsfreiheit 293, 300
 - Grundrecht 292, 301 f.
 - institutionelle Autonomiegewährleistung 468–470
 - institutionelle Garantie 85, 292, 293, 297, 298, 300, 302, 303
 - als Grundlage der Subventionierung 296, 297, 300, 302
 - Organisationsformgarantie 420
 - Pflicht zur Erhaltung 296, 297, 299
 - schulorganisatorische Grundentscheidung 468, 469, 470
 - Schutzpflicht 298 f., 301, 303
 - Subventionsanspruch 299–302; siehe auch Privatschulsubventionierung
 - Wertentscheidung 293

- Privatsphäre
- in der Ehe 199, 202
 - in der Familie 199, 207
 - räumliche 326
- Rahmengesetzgebungskompetenz
- Hochschulwesen 280
- Rastede-Entscheidung 333, 340–342, 468, 481
- Recht auf Beteiligung 129
- Recht auf den gesetzlichen Richter 363, 365, 368–369
- als Anspruch auf Normierung 369, 370
 - als Grundrecht 368
 - als institutionelle Garantie 366, 367
 - Notwendigkeit von Normen 369, 370
- Recht auf Kontrolle 129
- Recht auf körperliche Unversehrtheit 413
- Recht auf Leben 413
- Recht des Stärkeren 229
- Recht
- als äußere Gestaltung des Gemeinlebens 114
 - als Institution im Sinne Haurious 170
 - als machtgegründete Entscheidung 157
 - als objektive Ordnung des Gemeinwesens 168, 169, 170, 171
 - als objektives Ethos 114
 - als Regelsystem 157
 - als verwirklichte Ordnung 115, 116, 121
 - gesetztes 169
 - objektives und subjektives 147, 148 f., 171
 - subjektives 98, 99, 102
 - und Normalität 157
 - und Verhältnis zum Staat 147, 148
 - vorgegebenes 169
- Rechtsdenken
- dezisionistisches 138
 - institutionelles 138
 - normativistisches 138
- Rechtsentstehung
- aus dem „Volksgeist“ 100, 105, 110, 142
 - Lehre der historischen Rechtsschule 100, 105, 107, 108, 110, 115 f.
 - organische 100, 104, 106 f.
 - quasi-natürliche 429
 - unabhängig vom Staat 108, 134, 137, 138, 148, 164 f., 168, 408
- Rechtsentwicklung 429, 436, 437
- organische 106 f., 108
- Rechtsfortbildung 110, 116, 121, 137
- Rechtsgestaltung
- institutionell 158, 159, 160
 - verkehrsmäßig-technisch 158, 159, 160
- Rechtsidee 143, 144, 147, 164
- als ethische Anforderung an das Recht 115, 119
- Rechtinstitut
- als Bindeglied zwischen rechtlicher Ordnung und christlicher Teleologie 116, 117, 120
 - als Erscheinungsform des Volksrechts 100
 - als Instrument der Rechtsfortbildung 103, 105
 - als methodisch-systematischer Begriff 106, 117 f., 137
 - als Normenkomplex 18, 20, 27, 77, 85, 118
 - als objektivrechtlicher Typus 104
 - als Verfahren zur Rechtserzeugung 414
 - autonome Rechtsbeziehung 483
 - Begriff, geistesgeschichtliche Wurzeln 168
 - nach F. J. Stahl 110–121, insbes. 117
 - nach von Savigny 98 ff.
 - soziale Funktion 18–20
 - und Bindung des Gesetzgebers 169
 - und historisch-systematische Auslegung 169
 - und Lebenswirklichkeit 117, 118, 119
 - und Privatautonomie 414
 - und subjektives Recht 98, 99, 102 (bei von Savigny), 117 f., 121 (bei Stahl)
 - und Wertordnung 120
 - Verhältnis von Sein und Sollen (Stahl) 119
 - Verwendung des Begriffs unter dem Grundgesetz 391, 394, 478, 479, 482
 - Wesen und Erscheinung 169
- Rechtinstitutsgarantie 472, 484
- als Autonomiegewährleistung 411, 425, 452, 437
 - als Rechtsform staatsfreien Interessenausgleichs 425, 427
 - als Rechtsformgarantie 410, 450, 451, 483
 - als Schutz von Rechtsverhältnissen zwischen Privatpersonen 425, 450
 - als verfassungsdogmatische Begriffsbildung 173
 - Begriff 27 (Schmitt), 37 (Boehmer), 52, 58 (Huber), 63 (F. Klein)
 - dienende Funktion 445, 446
 - Eigengesetzlichkeit 446

- Grundrechtsbezogenheit 409 f.
- Normenkomplex 410 f.
- Privatrecht 409
- Recht zur Selbstregulierung 445, 449
- Schutzgegenstand 37 (Boehmer), 52 f. (Huber), 63 (F. Klein), 82 f. (Abel), 85 (Schmidt-Jortzig)
- Schutzgehalt 37 f. (Boehmer), 55–57 (Huber), 63 (F. Klein)
- subjektivrechtlicher Gehalt 444, 445–446, 449
- und Lösung von Interessenkollisionen 424
- und Verhältnis zu primären Schutzpflichten 424
- Vorläufer 12–16
- Rechtsordnung
 - als Voraussetzung von Freiheit 228
- Rechtspersönlichkeit
 - Voraussetzung ihrer Erlangung 129 f.
- Rechtspositivismus; siehe Positivismus
- Rechtsprechung
 - im materiellen Sinne 366, 367, 370
 - Verhältnis zur Gesetzgebung 147
- Rechtsquelle 98, 116
 - Gerichtsgebrauch 116
 - Gesetzgebung 116
 - Gewohnheitsrecht 116
 - Normalität 158
- Rechtsschutz, effektiver 320
- Rechtssicherheit 230, 320, 441
- Rechtsstaat
 - freiheitlicher 23, 60, 61, 68
 - freiheitlich-demokratischer 239
 - nationaler 59, 61
 - sozialer 237
- Rechtsstaatsprinzip 320
- Rechtsstellung der Richter
 - persönliche Unabhängigkeit 363, 365, 367
 - als amts- und funktionsbezogene Rechte 367, 368
 - sachliche Unabhängigkeit 363, 365
- Rechtssystem
 - als Bezugspunkt teleologischer Auslegung 165
 - als Zusammenhang von Rechtsinstituten 98 f., 101 f. (von Savigny), 118 (Stahl)
 - organischer Zusammenhang 99, 101, 102, 106 f.
- Rechtstheorie
 - freiheitlich-pluralistische 138, 139 (Hauriou)
- Rechtsüberzeugung
 - siehe auch Anschauung, allgemeine
 - als Ausgestaltungskriterium 436
 - und Bedeutung für den Ehebegriff 452
 - und Bedeutung für den Eigentumsbegriff 178
- Rechtsverhältnis 98 f., 102, 104, 425
 - als Gegenstand von Rechtsinstituts- garantien 435, 436; siehe auch Rechts- institutsgarantie
 - autonomes 439, 441
 - staatsfernes 439, 441
 - zwischen Privatpersonen 441
- Rechtsweggarantie 320–323
 - als Anspruch auf effektiven Rechtsschutz 320 f., 323
 - als formelles Grundrecht 321
 - als institutionelle Garantie einer Ge- richtsbarkeit 321, 322
 - als Leistungsrecht 323
 - als Maßstab für das Prozessrecht 320 f.
 - als subjektives Recht 322
 - Ausgestaltung 320 f., 322
 - Normprägung des Schutzbereichs 322
 - und Gerichtsorganisationsrecht 322
 - und Rechtsschutzauftrag 322
- Regelungstradition
 - als Element der Verhältnismäßigkeits- prüfung 186, 188
 - und Berufsbeamtentum 354
 - und Eigentumsgarantie 177 f., 186, 188, 194
 - und Erbrechtsgarantie 192
 - und Garantie der Ehe 220 f.
 - und Selbstverwaltung, gemeindliche 337
- Reichsflagge(n)
 - als Gegenstand einer institutionellen Garantie 43, 66
- Reichsgebiet
 - als Gegenstand einer institutionellen Garantie 43
- Reichsgericht 352, 383
 - als Gegenstand einer institutionellen Garantie 64
- Reichspräsident
 - als Gegenstand einer institutionellen Garantie 44
- Reichsrat
 - als Gegenstand einer institutionellen Garantie 44, 66
- Reichsregierung
 - als Gegenstand einer institutionellen Garantie 44

- Reichstag
 - als Gegenstand einer institutionellen Garantie 44, 66
- Reichsvolk
 - als Gegenstand einer institutionellen Garantie 44
- Religionsausübung, ungestörte
 - als Gegenstand einer institutionellen Garantie 85
- Religionsfreiheit 23
- Religionsgesellschaften
 - als Körperschaften des öffentlichen Rechts und Gegenstand einer institutionellen Garantie 26, 28, 43, 54, 57, 64, 83
- Religionsunterricht, als ordentliches Lehrfach
 - als Verfassungsbegriff 290
 - Gewährleistung als schulorganisatorische Entscheidung 470–472
 - Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Religionsgesellschaften 471 f.
 - subjektivrechtlicher Gehalt der Gewährleistung 470 f.
 - und institutionelle Garantie 25, 64, 83, 287, 290–292, 302
 - und staatliche Schulaufsicht 290
 - und Weimarer Reichsverfassung 287
- Rezeption
 - von Normenkomplexen in die Verfassung 1, 3, 12, 34, 75
- Richter, gesetzlicher
 - als Gegenstand einer institutionellen Garantie 26, 54, 56, 57, 83
 - als Grundrecht 44
- Richtungsstreit der Weimarer Staatsrechtslehre 6
- Rundfunk
 - als Medium und Faktor im Kommunikationsprozess 259
 - Instrumentalisierung 249
 - massenkommunikative Bedeutung 248, 249, 256, 263
 - öffentliche Aufgabe 259
 - Sondersituation 257
- Rundfunkanstalten, öffentlich-rechtliche
 - Bestands- und Entwicklungsgarantie 260
- Rundfunkfreiheit 247
 - Abgrenzung von Ausgestaltung und Eingriff 262 f.
 - als dienende Freiheit 259, 261, 263
 - als Freiheit sonstiger Meinungsäußerung 248
 - als freiheitliche Ordnung 260, 263
 - Ausgestaltung, Angewiesenheit auf 258
 - Eingriff 262 f.
 - Indienstnahme für den Prozess der Meinungsbildung 448
 - institutionelle Interpretation 72, 258 ff., 264
 - liberale Interpretation 258
 - Mangel an Frequenzen 448
 - objektivrechtlicher Gehalt 448
 - Organisation der Aufgabenwahrnehmung 260, 449
 - Schutzbereich 259 f.
 - subjektivrechtlicher Gehalt 448, 449
 - und grundrechtlicher Schutz von Organisation 413, 414, 417
 - und Verhältnis zur Meinungsfreiheit 249
 - und Verhältnis zur Pressefreiheit 256, 263
 - und Weimarer Reichsverfassung 248 f.
- Rundfunkordnung
 - duale 260, 261
- Sachgerechtigkeit 433, 434, 436, 481
 - als Ausgestaltungs-kriterium 338, 354, 394
 - und Eigentums-garantie 183
 - und Erbrechts-garantie 191, 192
 - und Garantie der gemeindlichen Selbstverwaltung 467
- Sachwidrigkeit 182
- Scheidung
 - als wächteramtsauslösender Konfliktfall 217, 218
- Scheidungsrecht 452
 - Ausgestaltung der widerstreitenden Interessen 205
 - Verschuldensprinzip 204
 - Zerrüttungsprinzip 204
- Schrankenziehung; siehe Grundrechte
- Schulaufsicht, Schulorganisation
 - als Gegenstand einer institutionellen Garantie 64, 83
- Schulen, bekenntnisfreie 292
- Schülerberaterentscheidung 214, 215
- Schulhoheit 288
- Schulmonopol, staatliches 286, 293, 446
- Schulträgerschaft 338
- Schulwesen
 - als Gegenstand einer institutionellen Garantie 54, 56, 57, 58, 289, 302
 - staatliche Aufsicht 286, 288–289, 302

- Befugnisnorm 289
- Gestaltungsfreiheit 288
- grundrechtsbeschränkender Charakter 289
- Kompetenzbündel 289, 302
- Verfassungsauftrag 289
- staatliche Verantwortung 468, 469
- und Weimarer Reichsverfassung 286–288
- Schulzweckverband 338
- Schutz der Familie 355
- Schutz der Mutter 421
- Schutz des werdenden Lebens 422
- Schutz- und Förderpflicht
 - und Privatschulsubventionierung 298 f., 301
- Schutzpflicht 454
 - allgemeine 421, 470
 - besondere 421
 - primäre 422, 424
 - Gefahren- und Störungsabwehr 422, 425
 - sekundäre 422
 - Förderung 422
- Seiendes Sollen 162, 163, 164
- Sein (Wirklichkeit)
 - als Anlaß zur Normsetzung 162
 - idealisiertes, idealistisches 162, 164
 - naturwissenschaftliches 162
 - sozialwissenschaftliches 162
- Sein und Sollen, Verhältnis 161, 162, 163
- Seinsgesetze der objektiven Vernunft 168
- Selbstbeschränkung
 - durch Freiheitsgebrauch 227, 228
- Selbstbestimmung 226, 227, 230, 231
- Selbstbestimmungsrecht der Religionsgesellschaften 305–306
 - als Freiheitsrecht 306, 311
 - und Glaubensfreiheit 306
 - als institutionelle Garantie 305
- Selbstbindung 227
- Selbstgestaltung, autonome 441
- Selbstregulierung 408, 435
- Selbstverwaltung der Universität 268, 269, 271, 272, 277
 - als Gegenstand einer institutionellen Garantie 54, 83, 85, 278–281
- Selbstverwaltung, gemeindliche (kommunale) 306, 328–348, 419, 420,
 - Allzuständigkeit 336, 340, 342, 343
 - als dezentralisiert-partizipative Verwaltung 333
 - als Gegenstand einer institutionellen Garantie 25, 31, 43, 54, 57, 58, 60, 61, 62, 64, 83, 287, 330–348
 - Strukturvergleich mit der Garantie des Berufsbeamtentums 360–362
 - institutionelle Rechtssubjektsgarantie 334–335
 - subjektivrechtlicher Gehalt 335
 - Rechtsinstitutionsgarantie 335–347
 - Vergleich mit Freiheitsrecht 342, 347, 348
 - als Kompetenz 338, 342
 - als Organisationsform 335, 347, 437
 - als Gegenstand einer Organisationsformgarantie 420, 466
 - als Gegenstand einer institutionellen Autonomiegewährleistung 466–468, 472, 484
 - als Verwaltungstypus 335, 347
 - Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft 335, 340, 341, 467
 - Angewiesenheit auf staatliche Gesetzgebung 335 f., 341, 342, 344
 - Aufgabengarantie 335, 338, 340 f., 346, 468
 - Aufgabenverteilungsprinzip 341, 342
 - Aufgabenzuweisung 467
 - Autonomie als Strukturprinzip 407, 467
 - demokratiefördernde Funktion 333, 340, 467
 - Ehrenamtlichkeit 328
 - Eigenverantwortlichkeitsgarantie 343–345, 346, 467, 468
 - Entzug örtlicher Aufgaben 442
 - Finanzhoheit 337
 - Gebietsänderung 334
 - Gemeinde-Bürger-Verhältnis 467
 - Grundsatz der Universalität 341, 342, 345
 - in der Weimarer Reichsverfassung 25, 31, 43, 54, 57, 60, 61, 64, 330–331, 336
 - Kernbereich 336, 337, 339, 340, 341, 342, 343
 - historische Bestimmung 337, 338, 345
 - funktionale Bestimmung 340, 345
 - Kommunalverfassungsrecht 467
 - Namensänderung 334
 - Organisationshoheit 343, 344, 345
 - Personalhoheit 336, 344
 - Planungshoheit 339
 - Prinzip dezentraler Aufgabenansiedlung 341
 - Rastede-Entscheidung 468
 - Rechtsnatur 328 f.

- Rechtsstellungsgarantie, subjektive 347
- und demokratische Legitimation 333, 340, 345, 346
- und Dezentralisierung 329, 331
- und Genossenschaftsgedanke 329
- und Idee des self-government 328
- und pouvoir municipal 329
- und Sachgerechtigkeit 467
- und status activus 329, 333, 340
- und Verwaltungskraft 340
- Verhältnismäßigkeitsgrundsatz 467, 468
- Vorrangprinzip 341, 345
- Wesensgehalt 336
- Zuweisung überörtlicher Aufgaben 442
- Sittlichkeit
 - individuelle 113
 - der Gemeinschaft 113
- Sollen
 - positiv gesetztes Sollen 162
 - naturrechtliches Sollen 162
- Sonn- und Feiertagsschutz
 - als institutionelle Garantie 43, 61
 - in der Weimarer Reichsverfassung 309
 - objektivrechtliche Garantie 309–311
 - Zweckbindung 310, 311
- Sozialplan 227
- Sozialstaatsprinzip 355, 357, 425, 441, 458, 469, 470
 - und Privatschulsubventionierung 296, 299
- Sozialversicherungswesen, öffentliches 383
 - als Gegenstand einer institutionellen Garantie 53, 55, 56, 64
- Spanierentscheidung 202, 204
- Spätkonstitutionalismus 6 f., 49, 51, 473
- Spiegelaffäre 252
- Springer-Wallraff-Entscheidung 255
- Staat-Bürger-Verhältnis
 - und Verfahrensdimension der Grundrechte 418, 419
 - und Vertragsfreiheit 227
- Staatsangehörigkeit 312–319
 - als Rechtskategorie 314 f., 319
 - Angewiesenheit auf Normen 432
 - Ausgestaltung 313, 314, 316, 319
 - Bestandsschutz 316, 317
 - Denaturierungsverbot 315
 - Entzugsverbot 312, 316, 317, 318, 319
 - Institutsgarantie 316–319
 - Kernbereich 316 f., 319
 - Stabilitätsfunktion 316, 318
 - Schutz vor Abschaffung und Auslöschung 316
 - ius-sanguinis 317, 318, 319
 - Kongruenz von Erwerb und Verlust 317, 318, 319
 - Leitbild 317
 - Mehrstaatigkeit 317 f., 319
 - Normenkomplex 313, 318
 - Prinzip der Einzelstaatigkeit 319
 - subjektives Recht 313
 - und Staatsbegriff 315
 - und Völkerrecht 315
 - und Wiedervereinigungsgebot 314
 - Verlustverbot 312
 - Wahrung der Einheit der deutschen Staatsangehörigkeit 314, 318
- Staatsdiener 349
- Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches 331, 371
- Staatskirche, Verbot
 - objektivrechtlicher Grundsatz 304, 305, 311
 - und staatliche Neutralität 304 f.
- Staatstheorie
 - freiheitlich-pluralistische 134
- Staatszielbestimmung 84
- Stabilität
 - als Funktion von Einrichtungsgarantien 83, 84, 396, 399, 404, 482
- status
 - negativus 79
 - positivus 79
 - activus 79
 - und Parteien 381
 - und Selbstverwaltung, gemeindliche 329, 333, 340
- Steuererhebungsrecht, der Religionsgesellschaften
 - Ausgestaltungspflicht 308
 - Kompetenzregelung 308
- Subjektives Recht; siehe Rechte, subjektive
- Subjektivismus
 - als rechtstheoretische Position 126
- Subsidiaritätsprinzip 435, 463
 - in Bezug auf die Familie 209
 - in Bezug auf die Elternverantwortung 211
 - und Tarifautonomie 240, 241
- Sündenfall 112, 146
- Tarifautonomie 407
 - als Gegenstand einer institutionellen Garantie 53, 55

- als Gegenstand einer Rechtsinstituts-
garantie 234, 245 f., 461–466, 472, 484
- als Konnexinstitut zur Koalitionsfreiheit
234
- als soziale Selbstverwaltung 462
- als Teil der Koalitionsbetätigungsfreiheit
462, 464
- Ausgestaltung 243, 244, 245, 442
- Eingriff 246, 442
- formelle 465
- freiheitsrechtliche Interpretation 242,
245
- Funktion 463–465
- im Dienst der Berufsfreiheit und der
Eigentumsgewährleistung 464 f.
- in der Weimarer Reichsverfassung 233–
235
- kollektive Privatautonomie 462, 464, 465
- Missbrauchsabwehr als Schranke 244
- Normenkomplex 462, 463
- und Gemeinwohlbindung 464
- und Grundsatz der Subsidiarität 463 f.
- und Normsetzungsprärogative 240
- und Verhältnismäßigkeitsgrundsatz 246,
433, 442, 466
- Tarifvertragssystem 237, 238, 245, 246
 - und Parität 245
- Telos 114, 117, 119, 121, 139, 149, 150
 - als ethische Anforderung an das Recht
114
- Tendenzschutz 247
- Teso-Entscheidung 314
- Testierfreiheit 189, 190, 191, 192
 - als Bestandteil der Rechtsinstitutsgarantie
des Erbrechts 38
- Theorie der Institution 124–135
 - als soziologische Organisationstheorie
134
 - als soziologische Theorie der Rechtsent-
stehung 137
 - als Theorie der Entstehung und des
Bestands von Verbänden 127, 128–131
 - als Theorie der Rechtspersönlichkeit 134
 - und Lehre von den Einrichtungsgarantien
138 f.
- Theorie der Rechtsentstehung; siehe
Theorie der Institution, Historische
Rechtsschule
- Übermaßverbot 431
- Umgangsrecht im Scheidungsfall 217
- Unabhängigkeit der Amtsausübung
 - des Hochschullehrers 267, 282
 - des Richters 268
- Unabhängigkeit der Rechtspflege 363–370
 - als Gegenstand einer institutionellen
Garantie 64, 363–365, 367
- Universität; siehe auch Selbstverwaltung,
universitäre, Wissenschaftsfreiheit
 - als Institution 138
 - Grundrechtsträgerschaft 276, 277
- Unrechtsstaat
 - nationalsozialistischer 69
- Unterlegenheit, strukturelle 230
- Urheberrecht 182, 183, 438
- Verbandstheorie 124
- Verbot des Einzelfallgesetzes 401
- Vereinigungsfreiheit, allgemeine 245 f.
 - als Abwehrrecht 461
 - als objektives Gestaltungsprinzip 461
- Verfahren
 - Begriff 414
 - behördliches 414
 - Funktion 417
 - gerichtliches 414
 - und Kompetenzen 414
 - und Rechtsinstitute 414
- Verfahrensgrundrechte 415, 417, 418
- Verfassung des Deutschen Reiches von 1871
6 f.
- Verfassung
 - als Grundsatznorm 41, 67
 - als Legitimationsgrundlage für ein
Kulturssystem 35 ff., 39, 67, 189, 474
 - als materielle Grundnorm 397, 404, 474
 - als Werteordnung 70, 397, 475
 - des „demokratischen Volksstaats“ 45
 - Integrationsfunktion 10, 39
 - Selbstdurchbrechung 41
- Verfassungsänderung 10, 12, 29, 30, 37,
40 f., 57, 63, 402, 453
 - mittelbare V. 40, 41
 - Verfassungsdurchbrechung 40–43, 68
 - Verfassungserweiterung 40
 - Verfassungshemmung 40
 - Verfassungstextänderung 40, 41
 - Verfassungsüberschreitung 40
- Verfassungsauftrag
 - Schulwesen 289
- Verfassungsbeschwerde 399
 - kommunale 347
- Verfassungsbindung des Gesetzgebers 11,
14, 15, 20, 31, 32, 33, 58, 63, 67, 84, 92,
174, 179, 188, 397, 398, 399, 403, 431, 435,
437, 474, 475

- Verfassungskonkretisierung 402
- Verfassungslehre
- liberale 66 f.
- Verfassungsverständnis
- formal-positivistisches 41 f., 396, 398, 430
- Verfassungsvorrang; siehe Verfassungsbindung
- Verfassungswandel 452
- Verfassungswürdigkeit
- und Einrichtungsgarantien 399
- Verfügbefugnis 180, 181, 183, 186, 458
- Verhältnismäßigkeitsgrundsatz 32, 433, 434, 437, 449, 484
- bei Eingriff in die Elternverantwortung 221
 - und Eigentumsgarantie 182, 183, 184, 185, 186, 188, 194
 - und Erbrechtsgarantie 191, 192
 - und Garantie der gemeindlichen Selbstverwaltung 335, 338 f., 342, 467, 468
 - und Koalitionsfreiheit 241, 242, 245
 - und Regelungstradition 186
 - und Tarifautonomie 442, 466
 - und Vertragsfreiheit 227
- Verhältniswahlrecht 371
- Vermögensteuerentscheidung 187
- Vernunft, objektive
- als Rechtsquelle 143, 144, 146
- Verteilungsprinzip
- bürgerlich-rechtsstaatliches 22, 24, 29, 32, 81, 139, 402, 473
- Vertrag zu Lasten Dritter 227
- Vertragsfreiheit 224–231
- abwehrrechtliche Funktion 226 f., 227
 - als Rechtsinstitut 224, 225, 231
 - im Wirtschaftsverkehr 224
 - in der Weimarer Reichsverfassung 224 f., 460
 - und allgemeine Handlungsfreiheit 224, 230, 460
 - und bürgerliche Rechtsordnung 224
 - und Privatautonomie 225, 226, 230, 460
 - und Rechtsinstitutsgarantie 16, 37, 38, 52, 53, 60
 - und Schutzpflichten 460
 - und Verhältnismäßigkeitsgrundsatz 227
- Vertragsparität, gestörte 230
- Verwandtenerbrecht 190
- Volksabstimmung
- als Gegenstand einer institutionellen Garantie 44
- Volksgeistlehre 132, 138, 142, 168;
- siehe auch Historische Rechtsschule, Rechtsentstehung
- Vorrang der Verfassung; siehe Verfassungsbindung
- Vorverständnis
- und Methode 2, 3, 395 f., 428, 474
- Wächteramt des Staates 215, 216, 455;
- siehe auch Elternverantwortung
 - als Schranke der Elternverantwortung 216, 217, 221
- Wahlkampfkostenerstattung 375
- Wasserhaushaltsgesetz 438
- Wechselbezüglichkeit
- Ausgestaltung und Eingriff 76
 - Freiheit und Ordnung 75, 76, 78
 - Inhaltsbestimmung und Schrankenziehung 76
 - subjektives Recht und objektive Ordnung 75, 76, 80
 - Verfassungsrecht und einfaches Recht 75, 76, 80
- Wehrmacht
- als Gegenstand einer institutionellen Garantie 66
- Wehrpflicht
- als Gegenstand einer institutionellen Garantie 66
- Weimarer Reichsverfassung
- als Verfassung eines bürgerlich-liberalen Staats 22, 33, 473
 - als Verfassung eines demokratischen Volksstaats 45 f., 474
 - als Verfassung eines nationalen Staats 59, 475
 - zur Entstehung 9 ff.
- Weimarer Staatsrechtslehre
- geisteswissenschaftliche Richtung 123
- Wertentscheidungen des Grundgesetzes
- und Eigentumsgarantie 179
 - und Elternverantwortung 456
 - und Garantie der Ehe 201
- Wesen der Dinge 142, 143
- und Erscheinung 142, 143
- Wesensgehaltsgarantie
- Anwendungsbereich 400 f.
 - und Koalitionsfreiheit 242
- Willensbildung, staatliche 414
- Willkürverbot 16, 51, 355
- Wissenschaft, freie; siehe auch Wissenschaftsfreiheit
- Förderung 422

- Funktionsfähigkeit 275
- Monopolstellung des Staates 274
- Wissenschaftliche Einrichtungen
 - Grundrechtsträgerschaft 281
- Wissenschaftsfreiheit; siehe auch Selbstverwaltung, universitäre
 - Abhängigkeit von staatlicher Leistung 274, 448
 - Abwehrrecht 269, 271, 285
 - als dienende Freiheit 267, 269, 283
 - als Freiheitsrecht 61
 - als Funktionsgrundrecht 281 f., 284
 - Statusrecht von Funktionsträgern 282
 - Ausgestaltung 282
 - als Grundrecht der deutschen Universität 17 f., 266, 270, 272
 - als institutionelle Garantie 265–269, 270, 278–280
 - als Schutz der Forschungs- und Lehrtätigkeit 266
 - Änderungen im Normtext 270
 - Ausstrahlungswirkung 269
 - Funktion 274
 - Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers 275
 - in der Weimarer Reichsverfassung 265–269, 270
 - Kernbereichsschutz 272, 275, 277, 280
 - Leitbild 448
 - objektivrechtliche Wertentscheidung 271, 272–276, 277, 283
 - objektivrechtlicher Gehalt und subjektives Recht 448
 - Recht auf sachgerechte Organisation 275, 277, 285, 448
 - Schutz- und Förderpflicht 274
 - Teilhabeberechtigungen 274, 277, 285
 - und grundrechtlicher Schutz von Organisation 413, 414, 417, 423
 - und Länderkompetenzen 270, 271, 280
 - Wohnung, Unverletzlichkeit 312, 323–327
 - als Auslegungsregel 325
 - als Grundsatznorm 325
 - als Individualrecht 324
 - als institutionelle Garantie 325
 - als klassisches Freiheitsrecht 324
 - Ausgestaltung 326
 - Ausstrahlungswirkung 326
 - Begründung von Wohnraum 326, 327
 - objektivrechtlicher Gehalt 326, 327
 - Schutz der Privatsphäre 326
 - Schutz des Hausfriedens 324
 - und Privatrechtsordnung 326
 - Weimarer Reichsverfassung 323 f.
 - Zensurverbot 247
 - Zirkelschluss 23, 47
 - Zitiergebot 401
 - Zölibatsklausel 434, 442
 - Zweckmäßigkeit 43; siehe auch Sachgerechtigkeit

Jus Publicum

Beiträge zum Öffentlichen Recht – Alphabetische Übersicht

- Axer, Peter:* Normsetzung der Exekutive in der Sozialversicherung. 2000. *Band 49.*
- Bauer, Hartmut:* Die Bundestreue. 1992. *Band 3.*
- Beaucamp, Guy:* Das Konzept der zukunftsfähigen Entwicklung im Recht. 2002. *Band 85.*
- Becker, Joachim:* Transfergerechtigkeit und Verfassung. 2001. *Band 68.*
- Blanke, Hermann-Josef:* Vertrauensschutz im deutschen und europäischen Verwaltungsrecht. 2000. *Band 57.*
- Böhm, Monika:* Der Normmensch. 1996. *Band 16.*
- Bogdandy, Armin von:* Gubernative Rechtsetzung. 2000. *Band 48.*
- Brenner, Michael:* Der Gestaltungsauftrag der Verwaltung in der Europäischen Union. 1996. *Band 14.*
- Britz, Gabriele:* Kulturelle Rechte und Verfassung. 2000. *Band 60.*
- Burgi, Martin:* Funktionale Privatisierung und Verwaltungshilfe. 1999. *Band 37.*
- Butzer, Hermann:* Fremdsten in der Sozialversicherung. 2001. *Band 72.*
- Calliess, Christian:* Rechtsstaat und Umweltstaat. 2001. *Band 71.*
- Classen, Claus Dieter:* Die Europäisierung der Verwaltungsgerichtsbarkeit. 1996. *Band 13.*
- Religionsfreiheit und Staatskirchenrecht in der Grundrechtsordnung. 2003. *Band 100.*
- Danwitz, Thomas von:* Verwaltungsrechtliches System und Europäische Integration. 1996. *Band 17.*
- Detterbeck, Steffen:* Streitgegenstand und Entscheidungswirkungen im Öffentlichen Recht. 1995. *Band 11.*
- Di Fabio, Udo:* Risikoentscheidungen im Rechtsstaat. 1994. *Band 8.*
- Dörr, Oliver:* Der europäisierte Rechtsschutzauftrag deutscher Gerichte. 2003. *Band 96.*
- Enders, Christoph:* Die Menschenwürde in der Verfassungsordnung. 1997. *Band 27.*
- Epping, Volker:* Die Außenwirtschaftsfreiheit. 1998. *Band 32.*
- Fehling, Michael:* Verwaltung zwischen Unparteilichkeit und Gestaltungsaufgabe. 2001. *Band 79.*
- Felix, Dagmar:* Einheit der Rechtsordnung. 1998. *Band 34.*
- Fisahn, Andreas:* Demokratie und Öffentlichkeitsbeteiligung. 2002. *Band 84.*
- Frenz, Walter:* Selbstverpflichtungen der Wirtschaft. 2001. *Band 75.*
- Gellermann, Martin:* Grundrechte im einfachgesetzlichen Gewande. 2000. *Band 61.*
- Gröpl, Christoph:* Haushaltsrecht und Reform. 2001. *Band 67.*
- Gröschner, Rolf:* Das Überwachungsrechtsverhältnis. 1992. *Band 4.*
- Groß, Thomas:* Das Kollegialprinzip in der Verwaltungsorganisation. 1999. *Band 45.*
- Grzeszick, Bernd:* Rechte und Ansprüche. 2002. *Band 92.*
- Gurlit, Elke:* Verwaltungsvertrag und Gesetz. 2000. *Band 63.*
- Häde, Ulrich:* Finanzausgleich. 1996. *Band 19.*
- Hase, Friedhelm:* Versicherungsprinzip und sozialer Ausgleich. 2000. *Band 64.*
- Heckmann, Dirk:* Geltungskraft und Geltungsverlust von Rechtsnormen. 1997. *Band 28.*

- Heitsch, Christian:* Die Ausführung der Bundesgesetze durch die Länder. 2001. *Band 77.*
- Hellermann, Johannes:* Örtliche Daseinsvorsorge und gemeindliche Selbstverwaltung. 2000. *Band 54.*
- Hermes, Georg:* Staatliche Infrastrukturverantwortung. 1998. *Band 29.*
- Hösch, Ulrich:* Eigentum und Freiheit. 2000. *Band 56.*
- Hohmann, Harald:* Angemessene Außenhandelsfreiheit im Vergleich. 2002. *Band 89.*
- Holznagel, Bernd:* Rundfunkrecht in Europa. 1996. *Band 18.*
- Horn, Hans-Detlef:* Die grundrechtsunmittelbare Verwaltung. 1999. *Band 42.*
- Huber, Peter-Michael:* Konkurrenzschutz im Verwaltungsrecht. 1991. *Band 1.*
- Huster, Stefan:* Die ethische Neutralität des Staates. 2002. *Band 90.*
- Ibler, Martin:* Rechtspflegender Rechtsschutz im Verwaltungsrecht. 1999. *Band 43.*
- Jestaedt, Matthias:* Grundrechtsentfaltung im Gesetz. 1999. *Band 50.*
- Kadelbach, Stefan:* Allgemeines Verwaltungsrecht unter europäischem Einfluß. 1999. *Band 36.*
- Kämmerer, Jörn Axel:* Privatisierung. 2001. *Band 73.*
- Kahl, Wolfgang:* Die Staatsaufsicht. 2000. *Band 59.*
- Kaufmann, Marcel:* Untersuchungsgrundsatz und Verwaltungsgerichtsbarkeit. 2002. *Band 91.*
- Kischel, Uwe:* Die Begründung. 2002. *Band 94.*
- Koch, Thorsten:* Der Grundrechtsschutz des Drittbetroffenen. 2000. *Band 62.*
- Korioth, Stefan:* Der Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern. 1997. *Band 23.*
- Kluth, Winfried:* Funktionale Selbstverwaltung. 1997. *Band 26.*
- Kugelman, Dieter:* Die informatorische Rechtsstellung des Bürgers. 2001. *Band 65.*
- Langenfeld, Christine:* Integration und kulturelle Identität zugewanderter Minderheiten. 2001. *Band 80.*
- Lehner, Moris:* Einkommensteuerrecht und Sozialhilferecht. 1993. *Band 5.*
- Leisner, Anna:* Kontinuität als Verfassungsprinzip. 2002. *Band 83.*
- Lepsius, Oliver:* Besitz und Sachherrschaft im öffentlichen Recht. 2002. *Band 81.*
- Lorz, Ralph Alexander:* Interorganrespekt im Verfassungsrecht. 2001. *Band 70.*
- Lücke, Jörg:* Vorläufige Staatsakte. 1991. *Band 2.*
- Luthe, Ernst-Wilhelm:* Optimierende Sozialgestaltung. 2001. *Band 69.*
- Mager, Ute:* Einrichtungsgarantien. 2003. *Band 99.*
- Mann, Thomas:* Die öffentlich-rechtliche Gesellschaft. 2002. *Band 93.*
- Manssen, Gerrit:* Privatrechtsgestaltung durch Hoheitsakt. 1994. *Band 9.*
- Masing, Johannes:* Parlamentarische Untersuchungen privater Sachverhalte. 1998. *Band 30.*
- Mörtl, Markus:* Die staatliche Garantie für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. 2002. *Band 87.*
- Morgenthaler, Gerd:* Freiheit durch Gesetz. 1999. *Band 40.*
- Morlok, Martin:* Selbstverständnis als Rechtskriterium. 1993. *Band 6.*
- Niedobitek, Matthias:* Das Recht der grenzüberschreitenden Verträge. 2001. *Band 66.*
- Oeter, Stefan:* Integration und Subsidiarität im deutschen Bundesstaatsrecht. 1998. *Band 33.*
- Pache, Eckhard:* Tatbestandliche Abwägung und Beurteilungsspielraum. 2001. *Band 76.*
- Pauly, Walter:* Der Methodenwandel im deutschen Spätkonstitutionalismus. 1993. *Band 7.*
- Pielow, Johann-Christian:* Grundstrukturen öffentlicher Versorgung. 2001. *Band 58.*

Jus Publicum – Beiträge zum Öffentlichen Recht

- Poscher, Ralf*: Grundrecht als Abwehrrechte. 2003. *Band 98*.
- Publ, Thomas*: Budgetflucht und Haushaltsverfassung. 1996. *Band 15*.
- Reinhardt, Michael*: Konsistente Jurisdiktion. 1997. *Band 24*.
- Remmert, Barbara*: Private Dienstleistungen in staatlichen Verwaltungsverfahren. 2003. *Band 95*.
- Rodi, Michael*: Die Subventionsrechtsordnung. 2000. *Band 52*.
- Rossen, Helge*: Vollzug und Verhandlung. 1999. *Band 39*.
- Rozek, Jochen*: Die Unterscheidung von Eigentumsbindung und Enteignung. 1998. *Band 31*.
- Ruffert, Matthias*: Vorrang der Verfassung und Eigenständigkeit des Privatrechts. 2001. *Band 74*.
- Sacksofsky, Ute*: Umweltschutz durch nicht-steuerliche Abgaben. 2000. *Band 53*.
- Šarčević, Edin*: Das Bundesstaatsprinzip. 2000. *Band 55*.
- Schlette, Volker*: Die Verwaltung als Vertragspartner. 2000. *Band 51*.
- Schmidt-De Caluwe, Reimund*: Der Verwaltungsakt in der Lehre Otto Mayers. 1999. *Band 38*.
- Schroeder, Werner*: Das Gemeinschaftrechtssystem. 2002. *Band 86*.
- Schulte, Martin*: Schlichtes Verwaltungshandeln. 1995. *Band 12*.
- Sobota, Katharina*: Das Prinzip Rechtsstaat. 1997. *Band 22*.
- Sodan, Helge*: Freie Berufe als Leistungserbringer im Recht der gesetzlichen Krankenversicherung. 1997. *Band 20*.
- Sommerrmann, Karl-Peter*: Staatsziele und Staatszielbestimmungen. 1997. *Band 25*.
- Storr, Stefan*: Der Staat als Unternehmer. 2001. *Band 78*.
- Trute, Hans-Heinrich*: Die Forschung zwischen grundrechtlicher Freiheit und staatlicher Institutionalisierung. 1994. *Band 10*.
- Uerpmann, Robert*: Das öffentliche Interesse. 1999. *Band 47*.
- Unruh, Peter*: Der Verfassungsbegriff des Grundgesetzes. 2002. *Band 82*.
- Wall, Heinrich de*: Die Anwendbarkeit privatrechtlicher Vorschriften im Verwaltungsrecht. 1999. *Band 46*.
- Wolff, Heinrich Amadeus*: Ungeschriebenes Verfassungsrecht unter dem Grundgesetz. 2000. *Band 44*.
- Volkemann, Uwe*: Solidarität – Programm und Prinzip der Verfassung. 1998. *Band 35*.
- Voßkuhle, Andreas*: Das Kompensationsprinzip. 1999. *Band 41*.
- Weiß, Wolfgang*: Privatisierung und Staatsaufgaben. 2002. *Band 88*.
- Ziekow, Jan*: Über Freizügigkeit und Aufenthalt. 1997. *Band 21*.

*Einen Gesamtkatalog erhalten Sie gerne vom Verlag
Mohr Siebeck, Postfach 2040, D-72010 Tübingen.
Aktuelle Informationen im Internet unter <http://www.mohr.de>*

